



# DIE SOZIALISTISCHE PLANWIRTSCHAFT DER DDR

VOM SCHEITERN EINER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN IDEOLOGIE

MIT BEITRÄGEN VON  
**UDO SCHEER | JOACHIM RAGNITZ**  
UND DEM SCHÜRER-BERICHT

ISBN 978-3-941904-30-9



## INHALT

- 5 | VORWORT
- 7 | DIE SOZIALISTISCHE PLANWIRTSCHAFT DER DDR  
*Udo Scheer*
- 49 | DIE PLANWIRTSCHAFT ALS IRRWEG  
*Joachim Ragnitz*
- 63 | ANHANG: DER SCHÜRER-BERICHT
- 83 | DIE AUTOREN
- 83 | ANSPRECHPARTNER IN DER  
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

## REDAKTION

*Stefanie Pasler*

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,  
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch  
elektronische Systeme.*

© 2010, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.  
Printed in Germany.  
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-941904-30-9

## VORWORT

Im Jahr 2009 jährten sich zwei Schlüsselereignisse der deutschen Geschichte. Die Bundesrepublik Deutschland wurde 60 Jahre alt und zugleich feierten wir 20 Jahre friedliche Revolution in der DDR. 2010 begehen wir 20 Jahre deutsche Einheit.

Mit der Verabschiedung des Grundgesetzes am 8. Mai 1949 durch den Parlamentarischen Rat – dem vierten Jahrestag der Kapitulation des „Dritten Reiches“ – schufen die Deutschen eine neue staatliche Ordnung, die sich vom alten, im Krieg endenden Regime wesentlich durch ihren freiheitlichen Charakter, durch den Aufbau und das Leben von Demokratie und durch konsequente Rechtsstaatlichkeit unterscheidet. Von diesen Eigenschaften und dem einsetzenden wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik profitierten jedoch nicht alle im geteilten Deutschland. Eine demokratische Erneuerung blieb den Menschen in der DDR noch weitere Jahrzehnte verwehrt. Erst als die friedliche Revolution 1989 begann, setzten mutige DDR-Bürger Prozesse in Gang, an deren Ende schließlich die Überwindung des diktatorischen SED-Staates stand und die Einheit Deutschlands „in freier Selbstbestimmung“ vollendet wurde, wie es das Grundgesetz allen Deutschen gebot.

Bei beiden Ereignissen haben Christliche Demokraten und christdemokratische Konzepte eine entscheidende Rolle gespielt, Grundsteine für den Erfolg der Bundesrepublik Deutschland gelegt und diesen fortgeschrieben.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung gedenkt dieser Jubiläen mit zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen. Mit der Reihe „Weichenstellungen in die Zukunft“ wollen wir die zentralen Entscheidungen und politischen Entwürfe in 60 Jahren Bundesrepublik wieder verstärkt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken. Die Themenreihe zu 20 Jahren friedliche Revolution erinnert nicht nur an die erste erfolgreiche deutsche Freiheitsrevolution, sondern thematisiert auch die vorangegangene, vier Jahrzehnte andauernde DDR-Diktatur.

Der vorliegende Band widmet sich der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Im ersten Beitrag schildert Udo Scheer ihre Entstehung und Entwicklung bis hin zum Staatsbankrott. Dr. Joachim Ragnitz befasst sich im zweiten Beitrag mit einem grundlegenden Vergleich zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft. In Bezug auf die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise stellt er fest, dass diese keine Folge von Konstruktionsfehlern der marktwirtschaftlichen Ordnung, sondern vielmehr eine Folge von Verstößen gegen eine Reihe marktwirtschaftlicher Grundsätze ist. Im dritten Teil ist schließlich der Schürer-Bericht abgedruckt: Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, hatte dem Politbüro des Zentralkomitees der SED am 30. Oktober 1989 ungeschminkt über die wirtschaftliche Lage der DDR Bericht erstattet und attestierte ihr die Zahlungsunfähigkeit. Dieses Dokument offenbart die katastrophale wirtschaftliche Situation der DDR zum Zeitpunkt ihres Untergangs und macht die extrem schwierige Ausgangsposition der neuen Länder bei ihrem wirtschaftlichen Neubeginn deutlich.

Um Interessierten einen tieferen Zugang zu dem Thema zu erleichtern, ist am Ende des Beitrags von Udo Scheer ein Literaturverzeichnis angeführt. Die Quellentexte wurden behutsam der neuen Rechtschreibung angepasst.

Ein besonderer Dank gebührt den Autoren Udo Scheer und Dr. Joachim Ragnitz.

Berlin, im Januar 2010

*Dr. Ralf Thomas Baus*  
*Leiter Team Innenpolitik*  
*Hauptabteilung Politik und*  
*Beratung*  
*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

*Stefanie Pasler*  
*Team Innenpolitik*  
*Hauptabteilung Politik und*  
*Beratung*  
*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

## DIE SOZIALISTISCHE PLANWIRTSCHAFT DER DDR

*Udo Scheer*

### 1. EINLEITUNG

Nach den Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise von 1929 und mit der Nachkriegsarmut nach 1945 erschien das planwirtschaftliche Modell vielen, auch Sozialdemokraten und Gewerkschaftern in Westdeutschland, durchaus als erfolgversprechende Alternative zur Marktwirtschaft mit ihren unkontrollierten Kräften. Die Vorteile schienen auf der Hand zu liegen: eine Produktion entsprechend dem zuvor ermittelten Bedarf; eine optimale Auslastung der Produktionsmittel und keine Verschwendung von Ressourcen durch Überproduktion; Konzentration der Wirtschaftskraft auf Schwerpunktprojekte und Koordination der technischen Entwicklungen; insgesamt eine planvolle Steuerung, die Krisenfestigkeit und Vollbeschäftigung sichern würde. Kritische Stimmen dagegen mahnten, dass eine Kommandowirtschaft mit starren Planvorgaben unfähig sei, auf Marktsignale flexibel zu reagieren; dass jede wirtschaftliche Dynamik durch immensen bürokratischen Steuerungs- und Lenkungsaufwand behindert würde. Und sie fanden sich bestätigt. Zuletzt waren in der DDR 50.000 Planungsbürokraten erfolglos damit befasst, die Selbstregulierung des Marktes zu ersetzen.

Dabei hatten bereits um 1900 linke Sozialisten, unter ihnen der französische Publizist und Philosoph George Sorel, in der Auseinandersetzung mit der politischen Ökonomie von Karl Marx nachgewiesen, dass Planwirtschaft einen Rückschritt gegenüber dem am Gewinn orientierten Prinzip des Marktes darstellt. Statt zentralistischer Planwirtschaft sah man die Vorzüge in einer Marktwirtschaft, die in Verbindung mit politischer Kontrolle und gesellschaftlichem Druck Unternehmern als Alternative zur Enteignung anbietet, Teile ihres Gewinns an die Gesellschaft weiterzugeben und damit den sozialen Frieden zu wahren. Ist also Planwirtschaft letztlich nichts als ein Konstruktionsfehler im System des Sozialismus?

## **2. WIRTSCHAFTLICHER NEUBEGINN NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG**

### **2.1 Ausgangsbedingungen**

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sah Deutschland sich durch den Nationalsozialismus in eine Katastrophe noch nicht da gewesenen Ausmaßes geführt. Mehr als die Hälfte des Wohnungsbestandes in den Städten war durch den Bombenkrieg vernichtet. Die Trümmerlandschaften wurden auf 400 Millionen Kubikmeter geschätzt. In dieser Situation waren Ausgebombte und mehr als zwölf Millionen Heimatvertriebene aus den Ostgebieten durch Zwangszuweisungen mit Wohnraum und dem Allernötigsten zu versorgen. Die Industrieproduktion in den vier Besatzungszonen betrug 1946 nur noch ein Drittel der Vorkriegsproduktion von 1938. Dazu kam, dass die meisten Brücken über größere Flüsse zerstört und Verkehrsadern lahmgelegt waren. Die Versorgungs- und Kohlekrise wurde zunehmend dramatischer. Die Jahre 1946/1947 gingen in ganz Deutschland als Hungersommer und Hungerwinter in die Geschichte ein.

Für die SBZ kam zusätzlich erschwerend hinzu: Während Vorkriegsdeutschland eine ausgewogene Industrienation darstellte, in der Mitteldeutschland anteilig rund ein Viertel der Reichsindustrieproduktion erwirtschaftet hatte, sah sich die Wirtschaft in der SBZ nach 1945 von wichtigen Rohstofflieferungen und Wirtschaftsverflechtungen abgeschnitten.

Traditionell war in Mitteldeutschland die verarbeitende Industrie angesiedelt. Die Zentren des deutschen Maschinenbaus lagen zu etwa 50 Prozent in Sachsen und Sachsen-Anhalt. 1938 betrug der Anteil der Reichsproduktion im Maschinenbau auf dem späteren Gebiet der SBZ 67 Prozent Textilmaschinen, 62 Prozent Büromaschinen, 37 Prozent Werkzeugmaschinen, 32 Prozent Maschinen für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, 18 Prozent Landmaschinen.

Sachsen-Anhalt bildete zudem eine Schwerpunktregion der chemischen Industrie und Sachsen einen Hauptstandort der Textilindustrie. In Thüringen hatten sich vor allem Feinmechanik, Optik, Industrieporzellan und Automobilbau entwickelt.

Die Zentren der Schwerindustrie dagegen befanden sich fast vollständig im Westen Deutschlands. Ihr Anteil auf dem späteren Gebiet der SBZ lag 1938 bei 1,3 Prozent Roheisenverhüttung, 2,3 Prozent Steinkohleförderung, 6,6 Prozent Walzstahlproduktion. Reichere Rohstoffvorkommen gab es nur bei Braunkohle, Kalisalz und Uran.

Mit dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, in dem die alliierten Siegermächte USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion Entnazifizierung, Demokratisierung und Verwaltungsgrundsätze für ihre Besatzungszonen festlegten, beschlossen sie zugleich die Vernichtung der Rüstungsindustrie, schmerzhaft Reparationsleistungen und Begrenzung der Wirtschaftskraft für Nachkriegsdeutschland. Nach dem damaligen Willen der Siegermächte sollte Deutschland als Industriemacht künftig keine Rolle mehr spielen und damit auch ein militärisches Gefahrenpotential von vornherein ausgeschlossen werden.

### **2.2 Kriegsschäden, Reparationen und Demontagen**

Die Kriegsschäden an Industrieanlagen lagen in Ost- wie Westdeutschland mit rund 20 Prozent in etwa gleicher Höhe. Sie waren überwiegend durch Bombardements der Alliierten und durch deutsche Truppen mit ihrer Taktik der „verbrannten Erde“ beim Rückzug, vor allem vor der Sowjetarmee, verursacht worden.

Nach dem Ende des Krieges bis 1950 wurden nach westlichen Schätzungen aus der Trizone Werte in Höhe von 500 Millionen US-Dollar als Reparationsleistung requiriert. Vorgesehen war unter anderem auch die De-

montage von 1.800 Betrieben. Doch diese wurde im Zuge einer neuen alliierten Wirtschaftspolitik seit März 1946 eingestellt. Insgesamt waren in der Trizone/Bundesrepublik bis 1951 668 Betriebe demontiert worden, das entsprach einer Kapazität zwischen 3 und 5 Prozent. Auch das vom alliierten Kontrollrat im März 1945 festgelegte Produktionsvolumen von 63 Prozent des Vorkriegsniveaus (chemische Industrie 40 Prozent, Stahlerzeugung 39 Prozent und Werkzeugmaschinenbau 11 Prozent) wurde für Westdeutschland bald Makulatur.

Ganz anders verhielt sich die sowjetische Besatzungsmacht. Gemäß dem Potsdamer Abkommen sollte sie ihre Ansprüche aus der SBZ abgelten. Jöno Varga, ein ökonomischer Berater Stalins, hatte schon 1942 Reparationen und Beschlagnahmen vorgeschlagen, die das Lebensniveau in Deutschland auf das der Sowjetunion absenken sollten. Und eben diese Strategie wurde in der SBZ/DDR in den ersten Nachkriegsjahren umgesetzt. Schätzungen gehen davon aus, dass der Wert der insgesamt bis 1954 geleisteten ostdeutschen Reparationen an die Sowjetunion zwischen 15 Milliarden und 26 Milliarden US-Dollar (1 US-Dollar = 2,5 RM) betrug.

Einer der ersten wirtschaftspolitischen Befehle galt am 23. Juli 1945 der Verstaatlichung aller Banken. Ihre Geld- und Wertmittel wurden konfisziert, darunter auch Gold, Silber und ausländische Währungen von Privatpersonen.

Für die Landwirtschaft beschloss der Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien unter Vorsitz der KPD auf Anweisung der SMAD am 29. August 1945 die vollständige entschädigungslose Enteignung aller Kriegsverbrecher und jedes Großgrundbesitzes über einhundert Hektar. Unter der Losung „Junkerland in Bauernhand“ wurden rund 3,3 Millionen Hektar Land beschlagnahmt und 2,2 Mio. davon an 500.000 Landarbeiter, Kleinlandwirte und Heimatvertriebene (im DDR-Sprachgebrauch „Umsiedler“) verteilt. Der Rest verblieb in staatlichem Besitz. Die verteilten Nutzflächen waren jedoch weitaus zu klein, um auf Dauer wirtschaftlich rentabel zu sein.

Hatte die deutsche Landwirtschaft die Ernährung der Bevölkerung in der Vorkriegszeit bis zu 80 Prozent sichern können, betrug die Ernten 1946/47 in der SBZ infolge des Krieges, fehlender Voraussetzungen und unerfahrener Neubauern nur noch 50 bis 60 Prozent der früheren Erträge. Besonders betroffen waren die ehemaligen Großgrundbesitzer

in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Die Bodenreform trug maßgeblich zur Verschärfung der Hungerkatastrophe von 1946/1947 bei.

In der Industrie wurden auf Befehl der SMAD vom 30. Oktober 1945 fast 10.000 Betriebe beschlagnahmt und entschädigungslos enteignet. Das betraf Betriebe im Staatseigentum, der NSDAP, der Wehrmacht, sowie Betriebe, die direkt oder indirekt Wehrmarchtsaufträge erfüllten. Häufig genügte als Enteignungsgrund bereits eine NS-Belastung oder Parteimitgliedschaft der Eigentümer. Parallel dazu leitete die KPD eine Kampagne ein, die eine nachträgliche Legitimation der Enteignungen zum Ziel hatte. Zur Wahrung eines demokratischen Anscheins und gegen starken Widerstand der CDU und LDP setzte die SED am 30. Juni 1946 – wenige Wochen nach der SPD-Zwangvereinigung mit der KPD und nur in Sachsen – einen Volksentscheid durch. 77,6 Prozent der Bevölkerung stimmten für den Gesetzentwurf: „Das gesamte Vermögen der Nazipartei und ihrer Gliederungen, ihre Betriebe und Unternehmen der Kriegsverbrecher, Führer und aktiven Verfechter der Nazipartei und des Nazistaa-tes [...] werden als enteignet erklärt und in das Eigentum des Volkers überführt.“ Dieses Gesetz wurde mit seinem Inkrafttreten für die gesamte Sowjetische Besatzungszone angewandt. Damit erfolgte die erste Weichenstellung für eine sozialistische Staatswirtschaft nach sowjetischem Muster.

Trotzdem ließen die Sowjets in ihrer Zone weiterhin Betriebe und Maschinen abbauen und in die Sowjetunion verschicken. Im Rahmen der Hauptdemontage wurden bis Ende 1946 über 1.000 Betriebe demontiert, vor allem im Maschinenbau, der chemischen und optischen Industrie. Allein aus Sachsen wurden über 250.000 Maschinen abtransportiert. Viele der Ausrüstungen waren nach den Transporten unbrauchbar oder verrosteten im Hafen von Odessa oder hinter dem Ural. Immer wieder wandten sich Betriebs- oder regionale Parteifunktionäre an die Führung und baten um Verschonung. Doch nur in seltenen Fällen hatten sie Erfolg.

Telegramm, dringend von KPD- und SPD-Betriebsgruppe und Betriebsrat an Wilhelm Pieck, Vorsitzender des Sekretariats des ZK der KPD vom 13. März 1946<sup>1</sup>:

*Die SMA hat die Demontage unseres Zementwerkes Göschwitz bei Jena verfügt. Göschwitz ist das einzige [sic!] Zementwerk, das die Länder Thüringen und Sachsen versorgt. [...] Der ganze Wiederaufbau in Thüringen und Sachsen – Städte, Dörfer, Neubauten, Brücken, Straßen – wird lahmgelegt, wenn Göschwitz zum Erliegen kommt. [...] Hilf uns. Thüringer Landesverwaltung und Thüringer SMA sind machtlos. Marschall Schukow hat die letzte Entscheidung in der Hand. Hilf Du uns.*

Brief vom SED-Kreisvorstand Wernigerode an SED-Zentralvorstand vom 16. Dezember 1946<sup>2</sup>:

*[Der] Betrieb Eckold [wird] demontiert. Lt. Befehl, der von der Kommandantur gleichfalls vorliegt, handelt es sich um eine Teildemontage. [...] Der Demontage-Offizier hat erklärt, dass der Befehl für ihn nicht gültig ist und er alle Maschinen abtransportieren lässt. [...] Wenn dieser Befehl durchgeführt würde, bedeutet es, dass der letzte Maschinenbaubetrieb aus Wernigerode verschwindet. [...] Wir denken gar nicht daran, zum Totengräber der deutschen Wirtschaft zu werden, sondern wollen aufbauen. Deshalb fordern wir, dass [...] ein organisch gegliederter Restbetrieb verbleibt, mit dem wirklich eine dem Betrieb angemessene Fabrikation aufgenommen werden kann.*

Insgesamt verlor die Industrie in der SBZ/DDR durch Demontagen etwa ein Drittel ihrer Produktionskapazität.

Eine weitere überaus folgenschwere und gezielte Reparationslast war der Abbau von 11.800 Schienenkilometern. Darunter fielen fast alle zweiten Gleise auf den Reichsbahnhauptstrecken (92 Prozent) und fast 1.700 Kilometer Reichs- und Privatbahnstrecken allein in Mecklenburg-Vorpommern. Darüber hinaus waren mehr als tausend überwiegend modernste Lokomotiven der Baureihe 52 abzuführen, die Anlagen für 500 Kilometer elektrifizierte Strecken wurden ebenso demontiert wie wesentliche Teile der Reichsbahnausbesserungswerke. Diese Demontagen schädigten das Transportwesen und damit die Infrastruktur bis 1989 dauerhaft. Eine wesentliche Rolle dabei spielte ursprünglich die strategische Erwägung, die Bahn, das im Zweiten Weltkrieg wichtigste Transportsystem, für die Zukunft entscheidend zu schwächen.

Zusammengefasst ergaben sich ungünstigere Ausgangsbedingungen für die spätere DDR-Wirtschaft gegenüber der bundesdeutschen Wirtschaft durch die ungünstigere Rohstoffsituation (insbesondere fehlende Steinkohle und Eisenverhüttung), die unzureichende Energie- und fast vollständig fehlende Schwerindustrie, die enormen Reparationslasten und Demontagen sowie die produktivitätshemmende Verstaatlichung von Industrie und Landwirtschaft.

Die sowjetische Ablehnung einer Beteiligung am Marshallplan und damit die Notwendigkeit, einen eigenen Weg aus der dramatischen Versorgungskrise und dem zu geringen Wirtschaftswachstum zu finden, führten 1947 zu einem wirtschaftspolitischen Umdenken innerhalb der SMAD. Zentrale Bedeutung kam dabei dem Befehl 234 zu, durch den, gestaffelt nach Wirtschaftszweigen, die individuelle Leistung honoriert und damit die Arbeitsdisziplin und Produktivität erhöht werden sollte. Der II. Parteitag der SED im Oktober 1947 unterstützte diesen Kurs mit der Kampagne: „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben!“ Verbrämt als „Prinzip des Leistungslohnes“ forderten die Funktionäre, die im gleichen Atemzug die kapitalistische Arbeitsweise als „Akkord ist Mord“ geißelten, von den eigenen Arbeitern nun nichts anderes als die Einführung eben dieses Akkordprinzips.

Dabei konnte die Partei durchaus mit Unterstützung in der Bevölkerung rechnen. Denn nach dem Ende des Nationalsozialismus und mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft herrschte eine neue Aufbruchstimmung und es gab durchaus die Bereitschaft zu persönlichen Opfern.

1947 beendeten die Sowjets weitgehend ihre Demontagepolitik und befriedigten ihre Reparationsforderungen für beide Seiten kalkulierbarer aus der laufenden Produktion. Ihren Vorherrschaftsanspruch unterstrich die Besatzungsmacht, indem sie 200 der wichtigsten Großbetriebe in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) umwandelte, darunter Betriebe der Energiewirtschaft, der chemischen Industrie, des Maschinenbaus, der Optik und Feinmechanik. Das entsprach 20 Prozent der industriellen Produktion in der SBZ. In der Folgezeit gingen je ein Drittel der in den SAG erwirtschafteten Leistungen als Tilgung in den Reparationsfonds, in den Export und auf den Binnenmarkt.

Bereits in den Jahren 1946/47 zielten nicht nur die gesellschaftspolitischen, sondern auch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf eine Transformation der ostdeutschen Gesellschaft nach sowjetischem Vorbild.

### 3. DURCHSETZUNG DER PLANWIRTSCHAFT

Von Beginn an betrieb die SED die Verstaatlichung privater Betriebe und die Durchsetzung der Planwirtschaft als Teil ihrer Gesamtstrategie zur Festigung der politischen Herrschaft. Zur Steuerung der Wirtschaft gründete sie im Juni 1947 die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), die im März 1948 die zentrale Leitung und Lenkung der Wirtschaft in der SBZ übernahm. Die DWK stellte damit den Vorläufer der späteren zentralen Lenkung der Planwirtschaft dar, die aus neun Abteilungen im ZK unter der Leitung des ZK-Sekretärs für Wirtschaftsfragen Günter Mittag bestand.

Durch die Zuordnung der bisher unter Länderverwaltung stehenden Industriebetriebe wurde die DWK zum entscheidenden Steuerungs- und Kontrollinstrument für die SED. Mit diesem zentralistischen Instrument untermauerte die Partei zugleich ihre „führende Rolle“ und setzte ihren staatsmonopolistischen Führungsanspruch in der Wirtschaft durch.

#### 3.1 Der Zweijahrplan 1949/1950

Nach einem Halbjahresplan 1948 erließ die DWK für 1949/50 einen ersten Zweijahrplan für alle staatlichen und nicht enteigneten Privatbetriebe. Dieser Plan beinhaltete eine Produktionserhöhung um ein Drittel auf 80 Prozent des Vorkriegsniveaus, wobei die Arbeitsproduktivität ebenfalls um 30 Prozent gesteigert werden sollte. Um dieses Ziel schon im Vorfeld wirksam zu propagieren, initiierte die Partei im Verbund mit der Einheitsgewerkschaft Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) die Aktivistenbewegung nach sowjetischem Vorbild.

Die Wahl fiel auf das erzgebirgische Kohlerevier Zwickau-Oelsnitz. Unter den Kumpels war es vielfach üblich, dass sie bei 70- bis 80-prozentiger Normerfüllung mindestens 105 Prozent abrechneten, um so in den Genuss der Schichtzulage (15 Prozent) und vor allem der begehrten zusätzlichen Lebensmittelkarten zu gelangen: pro Monat: 2.250 Gramm Nahrungsmittel, 375 Gramm Fleisch, 200 Gramm Fett, 225 Gramm Zucker, 150 Stück Zigaretten, 1 Liter Trinkbranntwein).

Die Steinkohlelieferungen aus den westdeutschen Revieren waren um drei Viertel zurückgegangen (1938: 3,6 Millionen Tonnen; 1947: 1 Million Tonnen). Doch Steinkohle wurde dringend benötigt, vor allem in der Hüttenindustrie, für Lokomotiven und noch nicht auf Braunkohle umgerüstete Kraftwerke. Darum sollten Kohlekumpel demonstrieren, zu welchen Leistungen sozialistische Initiativen fähig seien.

Nach dem Vorbild des russischen Bergmanns Alexej Stachanow, dem im Jahre 1935 eine Schicht mit vierzehnfacher Normerfüllung zugeschrieben wurde, ließ die Parteiführung für den 13. Oktober 1948 eine ähnliche Hochleistungsschicht im Oelsnitzer Revier vorbereiten. Als künftiges Vorbild für die Aktivistenbewegung wurde der Genosse und als Arbeitsinstrukteur arbeitende Bergmann Adolf Hennecke auserwählt.

Erzählung in einem Geschichtsheft der DDR (1979)<sup>3</sup>:

*Adolf Hennecke liest im schwachen Licht der Grubenlampe die Worte: „Stehen lassen!“ Das ist die richtige Stelle. Abbauort 232. Hennecke ist etwas aufgeregt. Alles in ihm ist hellwach und angespannt. [...] Bisher wissen nur wenige, dass sich der Hauer verpflichtet hat, eine außergewöhnliche Schicht zu fahren. [...] Bis zu 190 Prozent Normüberbietung hat er schon erreicht, an gewöhnlichen Arbeitstagen. [...] Adolf Hennecke spart in seiner Schicht am 13. Oktober bei allen Arbeitsgängen viel Zeit ein. [...] 13.15 Uhr. Ende der Schicht. Der Ortsführer und der Steiger kommen zur Abnahme [...] 24,4 Kubikmeter Steinkohle werden als Tagesergebnis abgerechnet. Die Norm beträgt 6,3 Kubikmeter. 380 Prozent Normerfüllung werden als erste Ergebnisse in Presse und Rundfunk veröffentlicht. Später wird der Rechenfehler entdeckt und das endgültige Schichtergebnis auf 387 Prozent korrigiert.*

Für seine von allen DDR-Medien gefeierte Normüberbietung von 387 Prozent wird Hennecke mit hohem Orden ausgezeichnet, er erhält einen PKW Adler, „damit er in anderen Gruben seine Arbeitsmethoden erläutern kann“, er wird als Vorbild und Aktivist durchs Land geschickt. Die Kumpel lassen ihn als „Normbrecher“ abblitzen, er erhält Morddrohungen, Fensterscheiben werden ihm eingeschlagen und der Aktivist wird unter Polizeischutz gestellt. Die SED-Propaganda reagiert prompt und erklärt den Klassenfeind verantwortlich. Hennecke-Witze machen die Runde und weitere Musterschichten werden sabotiert. Nicht nur unter Bergarbeitern ist die Angst groß, dass sein Beispiel Normerhöhungen und damit indirekte Lohnkürzungen zur Folge haben könnte.

Seit Adolf Hennecke, dem „Aktivisten der ersten Stunde“, blieb die Aktivistebewegung wesentlicher Bestandteil im „sozialistischen Wettbewerb“ der „Volkseigenen Betriebe“ (VEB) und stellte bis 1989 eine der Stimulanz zur Erhöhung der Leistungsbereitschaft unter den Werktätigen dar. Doch die Partei zeigte mit dem ersten Zweijahrplan auch ihr anderes Gesicht. Mit größter Intensität fahndete die neu geschaffene Zentrale Kontrollkommission der DWK zusammen mit den „Volkskontrollausschüssen“ nach tatsächlichen und vermeintlichen Wirtschaftssaboteuren, Spekulanten und Schiebern. Die teilweise in spektakulären Schauprozessen verhängten – vorher festgelegten – Strafen waren drastisch. Ihr eigentlicher Zweck bestand darin, abzuschrecken und einzuschüchtern. Seit 1949 übernahm überwiegend die SED-Justiz die schmutzige Arbeit des Sowjetischen Militärtribunals, „Gegner der sozialistischen Gesellschaft“ abzuurteilen. Die Zahl der in ihrer übergroßen Mehrheit wegen wirtschaftlicher Delikte und „Staatsverbrechen“ verurteilten Strafgefangenen betrug 1950 37.500, 1951 36.000 und 1952 44.500.

*Wie drastisch bis dahin das VESchG [Volkseigentumsschutzgesetz] gehandhabt worden war, weist ein Bericht des Chefs der Volkspolizei vom Mai 1953 über die ‚formale Anwendung‘ dieses Gesetzes aus. Demnach führte der Diebstahl von Briketts im Werte von einer Mark einen Rangierer ins Zuchthaus Zwickau; gleichfalls mit einem Jahr Zuchthaus musste der Arbeiter einer Schmierfettfabrik den Diebstahl von ¾ kg Sauerkraut bezahlen. Gegen einen Lagerarbeiter und SED-Mitglied waren gar drei Jahre Zuchthaus ‚ausgeworfen‘ worden, weil die Freundin ohne seine Kenntnis und unter Ausnutzung seiner Gutmütigkeit insgesamt sieben Paar Hausschuhe aus einem Lager gestohlen hatte. Zwei kg Zement, die ein Arbeiter entwendet hatte, schlugen mit einem Jahr Zuchthaus zu Buche.<sup>4</sup>*

Angesichts der massiven Benachteiligung der Privatbetriebe gegenüber den VEB durch weit überhöhte Steuern, hohe Produktionsauflagen und ungenügende Materialbereitstellung sahen sich viele Unternehmer zur Betriebsaufgabe gezwungen und ihren letzten Ausweg in der Flucht nach Westdeutschland. Damit fielen ihre Betriebe automatisch der Enteignung und Verstaatlichung zum Opfer.

Anders als die westdeutsche Währungsreform im Juni 1948, die den Bürgern über Nacht volle Schaufenster bescherte, brachte die Währungsumstellung in der SBZ kaum Veränderungen. Um die Versorgungslage zu verbessern und den Schwarzmarkt einzudämmen, beschloss die DWK im

Oktober 1948 die Gründung der Staatlichen Handelsorganisation (HO). Das waren Einzelhandelsgeschäfte, die neben den auf Bezugsscheine erhältlichen Lebensmitteln, Bekleidung, Kohle etc. auch Waren und Lebensmittel frei anboten, allerdings zu stark überhöhten Preisen. In der Anfangsphase lagen diese staatlich vorgeschriebenen Wucherpreise nur knapp unter denen des Schwarzmarktes (z.B. 1 Kilogramm Margarine: 110 Mark, 1 Kilogramm Mehl: 120 Mark).

### 3.2 Der Fünfjahrplan 1950-1955

Mit der Gründung der DDR war die DWK in ein „Ministerium für Planung“ umgewandelt und dieses 1950 wiederum als „Staatliche Plankommission“ dem Ministerrat unterstellt worden. Ursprünglich noch unter Länderkompetenz stehende VEB wurden mit der Einführung von fünfzehn Bezirksverwaltungen den Fachministerien zentral unterstellt.

Im Jahr 1950 erwirtschafteten 1,5 Millionen Arbeiter in 4.400 überwiegend großen zentral bzw. ländergeführten „Volkseigenen Betrieben“ 75 Prozent der industriellen Bruttoproduktion. Die übrigen 25 Prozent erbrachten 17.000 meist kleinere private und Handwerksbetriebe. 1955 betrug der Produktionsanteil der VEB bereits rund 83 Prozent. Wobei dort die bis 1954 an die DDR zum Teil gegen hohe Ablösesummen zurückübertragenen SAG mit zu Buche schlugen. Die einzige Ausnahme bildete der Uranbergbau der SAG „Wismut“ in Ostthüringen und im Erzgebirge. Dort ließ die Besatzungsmacht bis 1990 60 Prozent ihres strategisch wichtigen Uranbedarfs für Atomwaffen und Kernenergie fördern.

1955 befanden sich die Energie- wie auch die Grundstoffwirtschaft und alle Großbetriebe in den Händen des Staates. Der Produktionsanteil der jetzt noch existierenden 13.000 Privatbetriebe (knapp 500.000 Beschäftigte) war auf 15 Prozent geschrumpft.

Darüber hinaus war auch der Großhandel fast vollständig verstaatlicht und der Anteil des privaten Einzelhandels sank bis 1955 auf knapp ein Drittel. Der Anteil des staatlichen Handels (insbesondere HO) erhöhte sich auf gut ein Drittel und der genossenschaftliche Handel (z.B. Konsum, BHG) stieg ebenfalls auf ein Drittel.

### **3.2.1 Aufbau der Grundlagen des Sozialismus**

Im Juli 1950 beschloss die SED auf ihrem III. Parteitag den ersten Fünfjahrplan zur „Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR“. In dem als Gesetz verabschiedeten Wirtschaftsplan wurde beschlossen, die Grundstoffindustrie sowie den Schiffs- und Maschinenbau als Grundlage für die künftige industrielle Entwicklung vorrangig auszubauen. Gleichzeitig sollte bis 1955 die Industrieproduktion verdoppelt werden und die Versorgungsleistung wieder Vorkriegsniveau erreichen. Für die Umsetzung dieser Zielstellung wurde dringend vor allem Eisen benötigt.

Deshalb beschloss die Partei als erstes Großobjekt die Errichtung des späteren Eisenhüttenkombinates Ost (EKO). Pünktlich mit Beginn des Fünfjahrplans am 1. Januar 1951 erfolgte die Grundsteinlegung für den ersten Niederschachtofen, mit dem man in der Lage war, nach einem damals modernen Verfahren sowjetisches Erz mit – allerdings energieaufwendig erzeugtem – BHT-Koks zu verhütten.

Südlich von Frankfurt an der Oder wurde dazu auf der „grünen Wiese“, auf siebzehn Quadratkilometern unbesiedeltem Gebiet, das künftig größte Eisenverhüttungskombinat der DDR mitsamt einer eigenen Arbeiterwohnstadt errichtet. Die Kapazität des Hüttenwerkes wurde für eine Produktion von 900.000 Tonnen Roheisen ausgelegt; das entsprach fast der Hälfte der Planvorgabe von 2 Millionen Tonnen für alle Hüttenwerke der DDR im Jahr 1955. Zum „Tag der Befreiung“ am 8. Mai 1953 taufte die Parteiführung die erste sozialistische Stadt, eine Wohnblocksiedlung für vorerst 2.400 Bewohner, zu Ehren des kurz zuvor verstorbenen sowjetischen Diktators stolz auf den Namen „Stalinstadt“. Diesen Namen trug die Stadt, bis sie 1961 – auf fast 40.000 Einwohner angewachsen – in Eisenhüttenstadt umbenannt wurde.

Nachdem die drei Siegermächte und Konrad Adenauer die Stalin-Note vom März 1952 für ein wiedervereinigtes, neutrales Deutschland abgelehnt hatten, forcierte die SED-Führung auf der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 und in enger Abstimmung mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), dem die DDR seit 1950 angehörte, noch einmal den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“. Mit dieser 2. Parteikonferenz sicherte die SED ihre komplexe Entscheidungsgewalt innerhalb der Gesellschaft personell wie inhaltlich ab. Nicht nur Industrie und Handel, sondern auch die bislang privaten Landwirtschafts- und Handwerks-

betriebe wurden fortan einer noch strafferen Steuerung und Kontrolle unterworfen. Die 2. Parteikonferenz beschloss sowohl die Gründung landwirtschaftlicher als auch handwerklicher Produktionsgenossenschaften (LPG, PGH). Damit wurden nun auch handwerkliche Dienstleister vom Schuster bis zum Radiomechaniker genötigt, sich in Stützpunkten zusammengefasst einem Plansoll und einer einheitlich niedrigen Entlohnung zu unterwerfen.

### **3.2.2 Kollektivierung der Landwirtschaft**

In der Landwirtschaft wurde die Kollektivierung nach dem Vorbild der sowjetischen Kolchosen dirigistisch durchgesetzt. Die Methode: „Großbauern“ wurden bei der Vergabe von Saatgut, Düngemitteln und bei der Ausleihe von Landmaschinen in den MTS benachteiligt. Gleichzeitig wurde ihnen ein kaum erfüllbares Abgabesoll auferlegt. Konnten sie die Abgabennorm nicht erbringen, hatte das Enteignung und oft Gefängnis zur Folge. Tausende Bauern flohen daraufhin in den Westen.

Das Beispiel des verurteilten Bauern K<sup>4</sup>:

*Bauer K.: Er wurde am 18.4.1953 zu zehn Jahren Zuchthaus und Vermögensentziehung verurteilt. „Gegenstand der Verurteilung: Nichtablieferung, Nichterfüllung des Viehhalteplans, Steuerschulden (43.000 M). Er wendet objektive Schwierigkeiten ein: Hagelschaden bei Getreide und Hülsenfrüchten (Versicherung zahlte 11.000 M Schadenersatz). Infolge Trockenheit schlechte Kartoffelernte. [...] Durch Tuberkulose Ausfall von Hühnern (durch ärztliches Attest nachgewiesen). Verluste durch schlechte Rübenerte, dadurch Steuerschulden eingetreten. Hohe Milchrückstände, verursacht durch Abgabe von Milchvieh zur ‚Mecklenburgaktion‘. [...] Der VdgB-Vorstand u.a., Zeugen bestätigten, dass er gut gewirtschaftet hat. Objektive Schwierigkeiten werden ebenfalls bestätigt. Nach dieser Sachverhaltsschilderung entschloss sich der Vertreter des Generalstaatsanwaltes am 4. Januar 1954 zum Vorschlag, die Strafe von zehn auf sechs Jahre Zuchthaus herabzusetzen.*

Funktionäre und Genossen aus allen Bereichen der Wirtschaft und Verwaltung wurden mit dem Parteauftrag, Bauern für den Eintritt in die LPG zu überzeugen, in regelrechten Wellen über das Land geschickt. Nicht selten erlebten sie dabei Ablehnung und Beschimpfungen durch die Bauern, die sich mit der indirekten Enteignung durch Vergenossen-

schaftung konfrontiert sahen. Am leichtesten ließen sich noch Neubauern überzeugen, die im Zuge der Bodenreform wenige Hektar Land erhalten hatten und häufig ohne ausreichende Erfahrung mit der Bewirtschaftung überfordert waren.

Schmackhaft gemacht wurde der Eintritt in die LPG mit deutlich niedriger festgesetzten Abgabennormen und dem Zugeständnis, die Viehhaltung vorerst weiterhin privat, in eigenen Ställen und auf eigenem Grünland, betreiben zu dürfen. Nur der Feldbau wurde gemeinsam, unter kollektiver Nutzung eigener bzw. mit von den MTS für LGP-Bauern bevorzugt und zu günstigeren Konditionen zu mietender Landmaschinentechnik betrieben (LPG Typ I).

Anfang der 1960er Jahre startete die SED eine zweite massive Kollektivierungskampagne. Unter Einsatz aller Mittel – Überzeugungsarbeit, Drohungen und Nötigungen – und unter Mithilfe der Volkspolizei, der Justiz und des Ministeriums für Staatssicherheit wurden die selbstständigen Bauern zum Eintritt in die LPG gezwungen. Wieder verließen daraufhin viele Bauern die DDR.

Die kollektive Viehhaltung und genossenschaftliche Nutzung aller land- und forstwirtschaftlichen Flächen (LPG Typ III) war der eigentliche Durchbruch für die sozialistische Großflächenagrarwirtschaft, die industrielle Pflanzen- und großindustrielle „Tierproduktion“ in Geflügel- und Schweinemastanlagen und – zunächst – in Rinderoffenställen. Durch diese nach sowjetischem Vorbild über Jahre betriebene Form der Rinderhaltung kam es jedoch, besonders in strengen Wintern, wiederholt zu dramatischen Verlusten.

Vor allem im Agrarsektor stellte die moderne industrielle Landwirtschaft die einzige partielle Erfolgsgeschichte in der DDR-Planwirtschaft dar. Die Mehrzahl der Bauern sah in der genossenschaftlichen Struktur mit geregelter Arbeitszeit und relativem Wohlstand zunehmend Vorteile. Weitgehend verdrängt wurde allerdings die mit der Konzentration, Spezialisierung und Intensivierung einhergehende Umweltschädigung.

Umweltschäden durch die Landwirtschaft<sup>5</sup>:

*Die Flurbereinigung legte den Grundstein für die Ausräumung und Monotonisierung der Landschaft – mit den direkten ökologischen Folgen der Bodenerosion, der Verschlechterung der Bodenqualität, der Grundwassergefährdung durch Überdüngung, der Biotopverluste und des Artenrückgangs. Die Intensivviehhaltung, die Güllewirtschaft und der hohe Düngemittel- und Pestizideinsatz stellten eine ganz erhebliche Gefährdung des Wassers dar.*

Letztlich überrascht es nicht, dass viele Betriebe nach 1990 an der genossenschaftlichen Struktur festhielten, damit im Wettbewerb durchaus konkurrenzfähig und westdeutschen Einzelhöfen überlegen waren. Der gezahlte Preis war aber auch ein rapider Beschäftigungseinbruch. Arbeiteten 1989 in der DDR-Landwirtschaft noch 830.000 Personen, waren es im Jahr 2000 gerade noch 135.000.

### **3.2.3 Angespannte Situation durch unzureichende Versorgungs-güterindustrie**

Die Hungerzeit der ersten Nachkriegsjahre war überwunden. Im Jahr 1950 konnten die HO-Preise für frei erhältliche Waren gesenkt werden. Danach kostete 1 Kilogramm Margarine 15 statt zuvor 110 Mark, 1 Ei 60 Pfennig statt 2,50 Mark, 1 Tafel Schokolade 7 statt 20 Mark. Doch auch diese Preise blieben für viele Arbeiter unerschwinglich (Brutto-Stundenlohn eines Maurers 1951: 1,60 Mark). Im Oktober 1951 entfiel die Markenrationierung für Lebensmittel mit Ausnahme von Fett, Fleisch und Zucker. Auf seine Grundlebensmittelkarte bekam der DDR-Bürger im Oktober 1952 wie auch noch im August 1953 1.380 Gramm Fleisch, 945 Gramm Fett, 1.240 Gramm Zucker pro Monat.

Insgesamt entspannte sich die Situation nur geringfügig, die Ernährungslage blieb weiterhin problematisch. Die für 1950 vorgesehene Kalorienbereitstellung von durchschnittlich 2.600 kcal/Tag und Bürger blieb mit 2.000 kcal deutlich unter dem angestrebten Wert. Gleichzeitig lagen die Löhne (Durchschnittslohn 1950: 311 Mark; 1953: 378 Mark) und Renten (1950: Durchschnittsaltersrente 86 Mark, Mindestvollrente 65 Mark; 1953: 93 Mark/75 Mark) so niedrig, dass allein schon die Kaufkraft für eine angemessene Ernährung fehlte.

Mitverantwortlich für diese Situation war die auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 beschlossene Forcierung des „Aufbaus des Sozialismus“ mit einer nochmaligen Prioritätserhöhung für die Schwerindustrie, die wiederum zu Einschränkungen in der Bedarfsgüterindustrie und damit zu Versorgungsproblemen führte.

Eine weitere Ursache lag in den hohen Staatskosten für den Unterhalt der Besatzungsmacht und für die Aufstockung der Kasernierten Volkspolizei (KVP). Das Ziel: 1956 sollten mindestens 100.000 Einsatzkräfte in eine Berufsarmee umgewandelt werden. Insgesamt banden die Sicherheitsausgaben und indirekten Reparationsleistungen 20 Prozent des Staatshaushaltes.

Zusätzlich führten innenpolitische Repressionen, darunter der sogenannte „Kirchenkampf“, die Aktion „Ungeziefer“ mit der Zwangsaussiedlung von 8.400 Personen aus dem Grenzgebiet, Zwangsenteignungen von Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben und Hotels (Aktion „Rose“), der Entzug von Lebensmittelmarken für private Unternehmer und Handwerker sowie der Justizterror mit ständig steigenden Strafgefangenenzahlen (Juni 1953: 60.000) dazu, dass die Zahl der DDR-Flüchtlinge dramatisch anstieg. Im ersten Halbjahr 1952 wurden 70.000, im zweiten Halbjahr 1952 110.000 und im ersten Halbjahr 1953 bereits 300.000 Flüchtlinge registriert, deren dringend benötigte Arbeitskraft dem Staat fehlte. In dieser Situation und zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme beschloss die SED-Führung im Mai 1953 eine 10-prozentige Normerhöhung.

Ein Spottgedicht, das bei einem in Jena verhafteten Zeissianer gefunden wurde, gibt die Zeitstimmung wieder<sup>7</sup>:

*An die Befreier! (...)*  
*Die Preise sind hoch,*  
*die Zonen sind fest geschlossen,*  
*die Kalorien sinken Schritt für Schritt,*  
*es hungern wieder nur dieselben Volksgenossen,*  
*die Bonzen hungern nur im Geiste mit.*  
*Die Braunen sind vertrieben,*  
*die Roten sind am Ziel,*  
*die Bonzen sind geblieben,*  
*es war nur ein Farbenspiel.*  
*Hände falten, Köpfe senken,*  
*und nur an die Einheit denken.*

*Komm Herr Pieck,*  
*sei unser Gast*  
*und gib uns,*  
*was du uns versprochen hast.*  
*Nicht nur Rüben und Kohl,*  
*sondern was du frisst mit Grothewohl.*  
*Nichts im Magen,*  
*nichts auf dem Teller,*  
*nichts auf dem Boden,*  
*nichts im Keller.*  
*Selbst auf dem Klo kein Krepppapier,*  
*trotzdem, Pieck,*  
*wir folgen dir!*  
*Deutschland, Deutschland ohne alles,*  
*ohne Butter, ohne Speck,*  
*und das bisschen Marmelade*  
*frisst uns die Verwaltung weg.*

Die explosive Stimmung im Land wurde von der Moskauer Führung weit deutlicher erkannt, als innerhalb der Ulbricht-Regierung. Eine am 4. Juni 1953 in den Kreml beorderte ZK-Delegation sah sich unerwartet schockungslos mit ihren politischen Fehlern konfrontiert und zu einer Korrektur aufgefordert. Daraufhin verabschiedete das Politbüro der SED am 9. Juni nach mehreren Eilsitzungen ihren „Neuen Kurs“. Der beinhaltete u.a. die Zurücknahme der vorgesehenen Normerhöhungen, die Überprüfung von Strafurteilen, Lebensmittelkarten auch wieder für Private, Wiedereinführung der Ermäßigung für Arbeiterfahrkarten und mehr. Doch die Mehrheit in der Bevölkerung legte den plötzlichen Kurswechsel als Schwäche aus und es kam zu ersten öffentlichen Protesten. Zusätzlich Öl ins Feuer goss ein Artikel der FDGB-Zeitung *Tribüne* vom 16. Juni, der die ursprüngliche Normerhöhung als „in vollem Umfang richtig“ begrüßte und für freiwillige Mehrleistung plädierte.

Artikel in der *Tribüne*, 16. Juni 1953<sup>8</sup>:

*Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Kommuniqués des Politbüros vom 9. Juni 1953 [Rücknahme des Entzugs der Lebensmittelkarten für Selbständige, d. Verf.] und des Ministerrates vom 11. Juni 1953 [Beschluss des Politbüros, die vorgesehenen Normerhöhungen „als unrichtig aufzuheben“, d. Verf.] wird in einigen Fällen die Frage gestellt, inwieweit*

*die Beschlüsse und die Erhöhung der Arbeitsnormen noch richtig sind und aufrechterhalten bleiben. Jawohl, die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollem Umfang richtig.*

Daraufhin zogen am Vormittag des 16. Juni in Berlin spontan Bauarbeiter der Stalin-Allee zum Haus des FDGB und Tausende schlossen sich an. Das war der Beginn des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 mit fast einer Million Streikenden und Demonstranten, der ohne Einsatz sowjetischer Truppen, ihrer Panzer und den durch sie verhängten Ausnahmezustand – mit mindestens zwanzig standrechtlich Erschossenen, mit 3.000 sofort Verhafteten und weiteren 13.000 Verhaftungen durch die Sicherheitskräfte der DDR in den Folgetagen – zum Sturz des verhassten Ulbricht-Regimes geführt hätte.

Als Reaktion auf den Volksaufstand enthob Regierungschef Walter Ulbricht Kritiker seiner Linie (u.a. Wilhelm Zaisser, Minister für Staatssicherheit, und Rudolf Herrnstadt, Chefredakteur *Neues Deutschland*) als angeblich Verantwortliche ihrer Funktion und ordnete einmal mehr Säuberungen in der Partei an.

Der Schock des 17. Juni saß tief und führte innerhalb der SED-Führung zur Einsicht in die Notwendigkeit, auch das Lebensniveau für die Bevölkerung spürbar zu erhöhen. Entsprechend der ihr eigenen Logik appellierte die Führung, verstärkte Anstrengungen beim Aufbau des Sozialismus zu unternehmen und versprach Reformen und die Verbesserung der sozialen Lage. Der „Kurs der gesetzmäßigen sozialistischen Entwicklung“ blieb dabei weiterhin unumstößliches Grundprinzip, von dem auch bei später auftretenden Schwierigkeiten und Krisen nie abgewichen wurde.

Nach dem 17. Juni 1953 wurde die Wirtschaftspolitik korrigiert und der Ausbau der Schwerindustrie erstmals zugunsten der Produktion von Bedarfsgütern und Nahrungsmitteln gedrosselt. Als messbares Zeichen ließ die Regierung im Oktober 1953 die Preise in den HO-Läden erneut senken (1 Kilogramm Margarine 7 Mark, 1 Kilogramm Kalbfleisch 17,60 Mark). Gleichzeitig förderte sie den „Sozialistischen Wettbewerb“ und die „Neuererbewegung“ innerhalb und zwischen den Arbeitskollektiven sowie die „materielle Interessiertheit“ der Werktätigen, um eine Senkung der Selbstkosten, eine Verbesserung der Produktqualität und insgesamt eine Steigerung der Produktion zu erreichen.

Der erste Fünfjahrplan konnte 1955 mit offiziell 105 Prozent übererfüllt werden. Die Industrieproduktion hatte sich gegenüber 1950 nahezu verdoppelt und die Grundlagen für ihren weiteren Ausbau waren geschaffen. Mit dem auf die Schwerindustrie ausgerichteten Investitions-, Arbeitskräfte- und Materialaufwand waren u.a. das Eisenhüttenkombinat Ost, die Braunkohlekokerei Lauchhammer und weitere Kraftwerke und Betriebe neu errichtet und andere wie die Stahl- und Walzwerke Brandenburg, Henningsdorf und Riesa in ihrer Kapazität ausgebaut worden. Dennoch bestanden im Bereich der Grundstoffindustrie noch immer gravierende Lücken. Der für die Bevölkerung in Aussicht gestellte Lebensstandard wurde bei Weitem nicht erreicht.

### **3.3 Der zweite Fünfjahrplan 1956-1960 und seine Konsequenzen**

Auf Beschluss der 3. Parteikonferenz 1956 wurde für den 2. Fünfjahrplan ein anspruchsvolles Ziel gesteckt: „Beginn einer neuen industriellen Umwälzung auf der Basis der Ausnutzung von Kernenergie, des weiteren Ausbaus der Schwerindustrie und der ununterbrochenen Entwicklung des technischen Fortschritts.“ Die Bruttoproduktion sollte nach diesem Plan bis 1960 um weitere 55 Prozent gesteigert werden, die Hauptmethode dazu: „Modernisierung, Mechanisierung, Automatisierung“.

Ein wichtiges Investitionsprojekt war die Errichtung des weltgrößten Braunkohleveredlungsbetriebes Kombinat „Schwarze Pumpe“ bei Hoyerswerda mit Brikettfabrik, Braunkohlekokerei, Druckvergasungswerk, Kraftwerk und einem Rohbraunkohledurchlauf von täglich 100.000 Tonnen. Neben der Kohle- und Energieindustrie wurden besonders die metallverarbeitende Industrie und der Hochseeschiffbau ausgebaut, überwiegend für den Export in die Sowjetunion.

Einen eigenen Schwerpunkt bildete das 1958 vom ZK und der Staatlichen Plankommission auf der „Chemiekonferenz“ beschlossene „Chemieprogramm“ zum verstärkten Ausbau der chemischen Industrie. Nach diesem Programm wurde die Produktion von Plasten und Synthesefasern bis 1964 verdoppelt. Mit Inbetriebnahme der Erdölleitung „Freundschaft“ aus der Sowjetunion 1963 gingen zugleich die Erdölverarbeitungswerke Schwedt, Leuna II, Guben und Lützkendorf in Betrieb bzw. wurden erweitert. Der industrielle Ausbau in diesem Bereich stand unter der Losung: „Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit.“

Ein Ziel bestand darin, die Industrialisierung in schwach entwickelten Regionen voranzutreiben, vor allem an der östlichen Grenze mit ihren kürzeren Transportwegen für die Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion und Polen.

Mit dem zweiten Fünfjahrplan koordinierten die DDR-Wirtschaftsfunktionäre erstmals ihre langfristige Planung auch mit den Plänen in der Sowjetunion und den anderen RGW-Staaten.

Als Triumph der Technik, als Meilenstein für die künftige Energiegewinnung in der rohstoffarmen DDR und als Beweis für die „brüderliche Zusammenarbeit“ mit der Sowjetunion ging im Dezember 1957 der erste Atomreaktor im Zentralinstitut für Kernforschung Rossendorf bei Dresden in Betrieb. In Rheinsberg, nördlich von Berlin, begannen zur gleichen Zeit die Bauarbeiten für das erste Kernkraftwerk der DDR, das 1966 ans Netz ging. DDR-Geschichtsschreiber verkündeten über diese Phase des wirtschaftlichen Aufbaus stolz: „Die ganze Republik war eine Baustelle.“

Auch die Konsumgüterindustrie machte sichtbare Fortschritte. 1958 produzierte das Automobilwerk Zwickau die erste PKW-Eigenentwicklung „Trabant P 50“. Eine Besonderheit waren die aus Baumwolle, Füllstoff und Kunstharz gepressten Karosserieteile. Das war die Antwort findiger DDR-Ingenieure auf die Stahlknappheit. Für gehobene Ansprüche lief im Automobilwerk Eisenach der „Wartburg 311“ vom Band. Die Möbelindustrie produzierte mit „Helerau, Typensatz 602“ die Vorläufer erster variabel zusammenstellbarer Möbel nach dem Baukastenprinzip. Der Staubsauger „Omega“ kam auf den Markt, die Einzelhandels-Verbraucherpreise (EVP) für Fahrräder, Rundfunkgeräte und Kameras wurden um 50 Prozent, für Schuhe und Textilien zwischen 30 und 65 Prozent gesenkt. Das Angebot in allen Sortimenten verbesserte sich spürbar.

Zugleich sank die Produktion der Nahrungsgüterwirtschaft relativ zum allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung (1953: 21,4 Prozent; 1961: 14,7 Prozent), so dass erst 1958 die Abschaffung der letzten Lebensmittelkarten und 1959 die Aufhebung der Kundenbindung (Kundenlisten) an Einzelhandelsgeschäfte möglich wurde.

Der insgesamt überproportionale Wirtschaftsaufschwung zwischen 1956 und 1958 verführte die SED zu der euphorischen Prognose, bis 1961 werde der Pro-Kopf-Verbrauch der Bundesrepublik eingeholt, danach überholt werden.

### **3.3.1 Wirtschaftskrise 1959-1961 und Abbruch des Fünfjahrplans 1959**

---

Die Erhöhung der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt infolge der Suez-Krise 1956/57 wirkte sich auch spürbar auf die DDR-Wirtschaft aus. Gleichzeitig zeichneten sich 1958/59 kaum noch beherrschbare Komplikationen in der Steuerung der zunehmend komplexeren Wirtschaft ab. Das betraf vor allem die Koordinierung der einzelnen Industriezweige und somit die Balance zwischen technischen Entwicklungen zur Modernisierung der Produktion und dem Bedarf an Halb- und Fertigerzeugnissen. Die Steuerungsprobleme führten zu derart massiven Produktionseinbrüchen, dass der zweite Fünfjahrplan 1959 abgebrochen werden musste.

Bereits im Vorfeld hatte die SED 1958 mit einer umfassenden Reform der Wirtschaftsverwaltung begonnen, Industrieministerien wurden in die zentrale Staatliche Plankommission überführt und SED-Bezirks- und Kreisstrukturen bekamen mehr Verantwortung für die von ihnen geleiteten regionalen Betriebe.

### **3.3.2 Wirtschaftliche Bedeutung des Mauerbaus 1961**

---

Die allgemeine Krise führte nicht nur zu einem starken Rückgang des industriellen Zuwachses. In der Landwirtschaft brachte die zweite, erzwungene Kollektivierungswelle ab Dezember 1959 über mehrere Jahre ebenfalls beträchtliche Ertragseinbußen. Die Massenflucht, die im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs 1959 auf 144.000 Personen gesunken war, erreichte einen neuen Rekordstand von fast 200.000 allein im ersten Halbjahr 1961. Das waren Arbeitskräfte, die in allen Bereichen der Wirtschaft dringend gebraucht worden wären.

Eine nicht zu unterschätzende Rolle in der labilen Wirtschaftssituation spielte auch die einseitige Aufkündigung des Interzonenhandelsabkommens durch die Bundesregierung im September 1960 (Dezember 1960 wieder aufgehoben), um politischen Druck auf die SED-Führung auszuüben.

Als Reaktion wurde die „Volkswirtschaft“ mit der „Störfreimachung vom Westen“ beauftragt.

Auszug aus dem Beschluss der Staatlichen Plankommission über die Sicherung der Wirtschaft der DDR gegen willkürliche Störmaßnahmen militäristischer Kreise in Westdeutschland vom 4. Januar 1961<sup>9</sup>:

2. *Es ist notwendig, Klarheit zu schaffen über den Grad der Abhängigkeit der Wirtschaft der DDR von Importlieferungen aus Westdeutschland.*
3. *Alle Fachabteilungen der [SPK] werden beauftragt [...] ein zusammenhängendes Programm für die Unabhängigmachung von westdeutschen Importen aufzustellen. [...] Dabei sind die Möglichkeiten der Bedarfsdeckung, die sich aus der internationalen Zusammenarbeit mit den Ländern des sozialistischen Lagers ergeben, [...] zu berücksichtigen. [...]*
4. *Die Abteilung Außenhandel wird beauftragt, [...] schon jetzt eine Liste aller [erfahrungsgemäß aus Westdeutschland bezogenen] Waren [...] aufzustellen, um bei der Vorbereitung der Importpläne [...] für 1962 und die folgenden Jahre alle auszuschließen, die nicht unbedingt aus Westdeutschland notwendig sind. [...]*

Der Versuch der „Störfreimachung“ wurde teuer bezahlt. Die fortan fehlenden hochwertigen Materialien und Ausrüstungen führten zu schmerzhaften Produktionseinschränkungen. Ersatzlösungen und Eigenentwicklungen hatten häufig hohen Mehraufwand und Qualitätseinbrüche zur Folge.

Die eigentliche Notbremse zur Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung (Wachstum 1960 nur 6 Prozent, 1961 nur noch 4 Prozent) sollte die insgeheim vorbereitete und in Geheimabsprachen mit den Sowjets vereinbarte Errichtung der „Berliner Mauer“ ab dem 13. August 1961 sein.

### **3.4 Siebenjahrplan 1959-1965**

Trotz Reformen in der Wirtschaftslenkung und unterbundener Massenflucht kam es Anfang der 1960er Jahre zu keiner spürbaren Verbesserung der Wirtschaftssituation. Willi Stoph, Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats, musste 1961 im *Neuen Deutschland* eingestehen, dass die Nahrungsmittelversorgung, besonders bei Fleisch, Milch und Butter, schlecht sei. Sogar Buttermarken mussten zeitweilig wieder eingeführt werden.

Verstärkt betrieben wurden im Siebenjahrplan 1959-1965 die weitere Arbeitsteilung mit den RGW-Staaten und die wirtschaftliche Verschmel-

zung der Industriepotentiale. Als Hauptaufgabe fixierte der Plan die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Dabei zeichnete es sich schnell ab, dass die gesteckten Produktionsziele – Überbietung Westdeutschlands im Pro-Kopf-Verbrauch bei Konsumgütern und Lebensmitteln – illusorisch sein würden.

Im Jahr 1962 wies die Wirtschaftskraft der DDR mit einem Bruttoinlandsprodukt (in DM als Berechnungsgrundlage) je Einwohner von rund 7.000 DM im Vergleich zur Bundesrepublik mit knapp 18.000 DM bereits einen beträchtlichen, kontinuierlich gewachsenen Rückstand auf (1950 DDR: 4.000 DM; Bundesrepublik 8.000 DM).

Über die Probleme einer bedarfsgerechten Produktion hinwegtäuschen konnten weder der 1964 in Serie gegangene Kleinroller „Schwalbe“ (ab 1.265 M), eines der erfolgreichsten Produkte der DDR-Wirtschaft, noch der neue Kleinwagen „Trabant P 601“ (Grundpreis 7.000 M) oder das unter Jugendlichen heiß begehrte Kofferradio „Stern“ (500 M). Bei einem Durchschnittseinkommen 1964 von 620 Mark im Monat waren das für viele kaum erschwingliche Luxusgüter.

## **4. NEUES ÖKONOMISCHES SYSTEM DER PLANUNG UND LEITUNG (NÖSPL)**

Die Einsicht in eine „Leitung mit einem Mindestmaß zentraler Anweisung und einem Höchstmaß an Initiative und Selbständigkeit von unten“ hatte die SED bereits im Zuge ihrer Reformen zur Wirtschaftslenkung Ende der 1950er Jahre gewonnen. Als es in der Sowjetunion, angestoßen durch den Ökonomen Jewsej Grigorjewitsch Liberman und seinem Artikel „Plan, Gewinn, Prämie“, zu wirtschaftspolitischen Diskussionen kam, forderte auch Walter Ulbricht 1962 einen Kurswechsel für die DDR. Durch ihn mitgetragen entwickelte sich das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung ab dem Frühjahr 1963 zum wohl interessantesten Abschnitt der DDR-Wirtschaftsgeschichte. Ziel war es, mehr Dynamik, höhere Flexibilität und Effektivität zu erreichen, ohne dass die Partei ihre Steuerungsfunktion verlor. Dazu wurden Parteibüros auf zentraler Ebene, in Bezirks- und Kreisleitungen geschaffen, die für ökonomische Fragen zuständig waren. Gleichzeitig wurden die langfristigen Planziele bis 1970 der Realität entsprechend nach unten korrigiert und verstärkt auf struktur- und außenwirtschaftliche Belange, auf Petrochemie, Elektronik, Elektrotechnik und Metallverarbeitung ausgerichtet.

Das Grundprinzip der NÖSPL bestand darin, die bisherige zentralistisch administrative Steuerung durch ein „in sich geschlossenes System ökonomischer Hebel“ zu ersetzen, d.h. partiell marktwirtschaftliche Prinzipien einzuführen. Tragende Säulen des NÖSPL waren:

- die ab 1963 eingeführte wirtschaftliche Rechnungsführung, die die Betriebe verpflichtete, ihnen zentral zugewiesene materielle und finanzielle Mittel (Fonds) rationell zur Erfüllung der staatlichen Planaufgaben einzusetzen und abzurechnen;
- die schrittweise Einführung der Industriepreisreform ab 1964, die erstmals nach Produktqualität gestaffelt die realen Herstellungskosten widerspiegelte und die Berechnungsgrundlage für die Einzelhandels-Verbraucherpreise neuer Produkte (außer subventionierten Waren des Grundbedarfs) bildete;
- ein materielles Anreizsystem zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch stärkere Leistungsentlohnung und Prämien;
- eine größere Selbständigkeit für die Betriebsleiter im Rahmen der Planvorgaben bei Investitionen, Material- und Kreditbeschaffung und der Verwendung der Betriebsgewinne;
- in Grenzen eigenständige Initiativen im Binnenhandel und bei Exporten sowie im Materialaustausch zwischen den Betrieben.

#### 4.1 Das politisch betriebene Scheitern des NÖSPL

Das neue ökonomische System löste einen beachtlichen wirtschaftlichen Wachstumsschub aus. In Teilen der Partei kam sogar Optimismus auf, mit diesem Instrument sei eine Alternative zur Marktwirtschaft möglich. Gleichzeitig spaltete das NÖSPL die ökonomischen Pragmatiker und die Ideologen innerhalb der Partei. Letztere sahen in der mit diesem ökonomischen System verbundenen Dezentralisierung und stärkeren Selbstregulierung die Gefahr ihres Einflussverlustes in einer der wichtigsten Machtsäulen der Partei – der Staatswirtschaft. Bereits auf der 7. Tagung des ZK im Dezember 1964 trat die Parteiführung den Rückzug an, indem sie den Vorrang der Politik vor der Ökonomie, d.h. wieder stärkere Einflussnahme auf die Wirtschaft, festschrieb. Die Wirtschaftsbürokraten setzten ab 1965 die schrittweise Wiedereinführung stärker zentralistischer Strukturen durch. Dazu wurden die Industrieministerien und die nun neu zu bildenden Kombinate direkt den wirtschaftspolitischen Abteilungen im ZK unter Günter Mittag, dem ZK-Sekretär für Wirtschaft und fortan mächtigsten Mann der DDR-Wirtschaft, unterstellt. Die Staatliche

Plankommission mit ihrem Vorsitzenden Gerhard Schürer, die bislang als Superministerium fungierte, verlor an Einfluss. Die zeitweilige partielle Eigenständigkeit der Betriebe wurde durch ihre Zusammenfassung in Kombinate aufgehoben.

#### 4.2 Kombinarsbildung als wirtschaftspolitische Kehrtwende

In mehreren Zentralisierungsschüben seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wurden die seit 1948 bestehenden, vergleichsweise losen Strukturen der Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) aus 82 Industriezweigen in einer regelrechten Kombinarsbildungsmanie in 167 zentral geleitete und neunzig bezirksgeleitete Kombinate umstrukturiert. Die Kombinate vereinigten weit verstreute Betriebe jeder Branche vom Bau über Chemie, Elektronik, Getränke, Glas, Großhandel, Kraftverkehr, Kraftwerke, Möbel, Pharmazie, Textil bis zu Werkzeugmaschinen. Die Kombinarsleitungen hatten ihren Sitz meist in den Stammwerken, den größten der nicht selten über hundert angeschlossenen Teilbetriebe. Kombinarsdirektoren unterstanden direkt ihren Fachministerien und den entsprechenden Wirtschaftsabteilungen des ZK. Sie waren in ihren Kombinars u.a. verantwortlich für die Umsetzung der Planvorgaben zur Produktion und Rationalisierung, für Investitionsentscheidungen und die Anleitung und Kontrolle der ihnen unterstellten Betriebsdirektoren.

Im Gegensatz zum marktwirtschaftlichen Prinzip strukturierten sich Kombinate als weitgehend autarke Systeme. Jedes verfügte über eigene Forschung, Entwicklung, Produktion, Absatz, Werkzeugbau, Rationalisierungsmittelbau, Fuhrpark und vieles andere mehr. Dadurch sollten Produktionsstörungen minimiert werden, wie sie typisch waren für die schwerfällige Wirtschaftssteuerung mit ihrer langfristigen Bilanzierung der benötigten Materialien und Kooperationsleistungen.

#### 4.3 Zwischenbilanz 1960er Jahre

In den 1960er Jahren gelang der DDR-Wirtschaft der größte Wachstumswachstumszuwachs ihres Bestehens und eine deutliche Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung. Bis 1970 stieg die Erzeugung von Rohstahl auf fünf Millionen Tonnen (1950: 1,2 Millionen Tonnen; 1961 3,8 Millionen Tonnen) und bei Elektroenergie auf 67.000 Gigawattstunden (1950: 19.000 Gigawattstunden; 1961: 42.000 Gigawattstunden). Die Produktion wichtiger Konsumgüter stieg in gleichem Maße. So wurden 1970

z.B. 380.000 Kühlschränke (1961: 166.000), 254.000 Waschmaschinen (1961: 132.000) und 126.000 PKW (1961: 64.000) produziert. Die größte Produktionsmenge erbrachte dabei die Auslaufphase des NÖSPL. Insgesamt lagen die Lebenshaltungskosten in der DDR jedoch deutlich höher als in der Bundesrepublik. Den stark subventionierten Mieten, Tarifen für öffentliche Verkehrsmittel und Eintrittspreisen für Kino und Theater standen im Vergleich zur Bundesrepublik etwa doppelt so hohe Preise für Bekleidung und Haushaltsartikel gegenüber. Dazu kamen etwa 10 Prozent höhere Kosten für Ernährung. Da die Löhne in der DDR erheblich unter denen der Bundesrepublik lagen, öffnete sich die Schere im Lebensstandard beständig weiter.

Nach dem Abbruch der ökonomisch durchaus erfolgversprechenden Wirtschaftsreformen wurde die „wachsende Bedeutung von Wissenschaft und Technik“ zum Hauptinstrument erklärt, das fortan die „Erhöhung der Produktivität und Verbesserung der Qualität“ sichern sollte. Hinter dem wirtschaftspolitischen Kurswechsel stand die begründete politische Befürchtung, eine wirtschaftliche Liberalisierung könnte das Machtmonopol der SED und letztlich das sozialistische System sowjetischer Prägung gefährden. Spätestens mit der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung 1968, die marktwirtschaftliche Reformen, gekoppelt mit gesellschaftlichen Veränderungen hin zu mehr Demokratie zum Ziel hatte, schickte Moskau auch an die SED-Führung klare Warnsignale. Der Kreml würde „sozialdemokratische und revisionistische Abweichungen“, gar eine abtrünnige DDR, nicht dulden.

Im September 1970 beendete ein Politbürobeschluss endgültig das Neue Ökonomische System. Neue wirtschaftliche und Versorgungsprobleme lieferten den Vorwand für das Aus des in Teilen der SED-Führung schon immer ungeliebten Reformexperimentes. Tatsächlich hatten nicht die Reformen, sondern ihre Zurücknahmen und eine 1968 – ähnlich wie Anfang der 1950er Jahre – betriebene „Schwerpunktplanung volkswirtschaftlich bestimmender Erzeugnisse, Verfahren und Technologien“ die labile Wirtschaftsstatik einmal mehr empfindlich gestört.

## 5. DIE EINHEIT VON WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Mit dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 war die Ära Walter Ulbrichts endgültig besiegelt. Sein Ziehsohn Erich Honecker, der Wochen zuvor auf dem 16. Plenum der SED maßgeblich an Ulbrichts Sturz beteiligt war,

verkündete für den Planzeitraum 1971-1975 als neue Direktive: „Die Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes besteht in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion.“ Das erklärte Ziel nach der „Schaffung der Grundlagen“ und des „Aufbaus des Sozialismus“ in den 1950er und 1960er Jahren sollte nun die Ausgestaltung der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ werden. Aufbauend auf dem Wirtschaftswachstum der 1960er Jahre verkündete der neu inthronisierte Staatsratsvorsitzende jetzt mit der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ eine stärker auf die „Steigerung des materiellen Lebensniveaus“ ausgerichtete Wirtschaftspolitik.

Viele DDR-Bürger setzten Anfang der 1970er Jahre tatsächlich Hoffnungen in dieses Programm, das zudem mit der logisch erscheinenden Losung warb: „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben.“ „Intensivierung“ und „Steigerung der Arbeitsproduktivität“ war die Methode, mit der eine überdurchschnittliche jährliche Steigerung des Lebensniveaus erreicht werden sollte.

### 5.1 Kernziele der neuen Sozialpolitik

Noch 1969 hatte jeder vierte DDR-Haushalt keinen Wasseranschluss in der Wohnung, 62 Prozent der Wohnungen verfügten über kein Innen-WC. Der durchschnittliche Wohnraum pro Person betrug knapp zwanzig Quadratmeter (inklusive Küche und Bad; 1976: 37,6 Quadratmeter). Mit an vorderster Stelle stand deshalb das ehrgeizige Ziel, bis 1990 drei Millionen Wohnungen zu bauen. Tatsächlich realisiert wurden 1,8 Millionen, 95 Prozent davon in industrieller Plattenbauweise mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von je 56 Quadratmeter. Nach dem in den 1960er Jahren entwickelten Einheitsbautyp „P 2“ kam nun überwiegend die weiter rationalisierte „WBS 70“ in Satellitenstädten oder nach dem Entkernen der über Jahre verfallenen Altbausubstanz in „neu gestalteten“ sozialistischen Innenstädten zum Tragen. Selbst in historisch gewachsenen Dörfern wurden mitunter „Neubaublöcke“ errichtet.

Mittel und Material für die Sanierung historisch gewachsener Städte gab es kaum. Privateigentümer von Mehrfamilienhäusern, die zur Vermietung verpflichtet waren, konnten mit den zentral festgelegten Mietpreisen (durchschnittlich 0,30 bis 0,50 M pro Quadratmeter und Monat für Altbauten) nicht einmal die notwendigsten Reparaturen absichern. Erschwe-

rend kamen fehlende Materialien und oft jahrelange Anmeldezeiten für Handwerkerleistungen hinzu. Kostenlose Abtretung der Gebäude an die Kommunen war für die Besitzer oft der einzige Ausweg, sich nicht hoch zu verschulden. Trotz allgemeiner Wohnungsnot gab es zunehmend Leerstand in der unbewohnbar gewordenen Wohnsubstanz der Altstädte. Glücklicherweise war, wer – nicht selten als Auszeichnung für gute Arbeitsleistung oder als junge Familie mit zwei bis drei Kindern oder als Genosse bevorzugt – eine Drei- oder gar Vierraum-„Neubauwohnung“ mit Fernheizung und Bad zugewiesen bekam. Künftige soziale Brennpunkte waren ebenso vorprogrammiert wie der Verfall der Innenstädte, die oft nur die fehlenden Gelder vor dem Abriss schützten.

Neben dem hoch subventionierten Wohnungsbauprogramm verursachten allgemeine Lohnerhöhungen, dazu Rentenerhöhungen und höhere Sozialleistungen für drei Millionen Menschen beträchtliche Kosten. Gleichzeitig versuchte die Regierung, auf sinkende Eheschließungen und den zunehmenden Geburtenrückgang (1971: 2,1 Kinder pro Frau; 1989: 1,7) zu reagieren. Bezahltes Babyjahr, zinsloser Ehekredit (5.000 M – davon mit der Geburt des ersten Kindes 1.000 M, des zweiten 1.500 M und des dritten vollständig erlassen), mehr Kinderkrippen und Kindergärten zur Erhöhung der weiblichen Beschäftigtenzahlen (1989: 90 Prozent) sollten kurz- und langfristig den Arbeitskräftebedarf besser sichern. Darüber hinaus legte die SED-Führung in den 1970er Jahren einen Schwerpunkt auf den Ausbau der Konsumgüterindustrie. Ein besseres Warenangebot sollte für die Werktätigen zugleich Anreiz sein, mehr zu produzieren und damit mehr zu verdienen.

Nach der Philosophie der Partei sollte sich die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ so zur „Triebkraft des ökonomischen und sozialen Fortschritts“ entwickeln. Die „immer bessere Bedürfnisbefriedigung“ wurde propagiert wie ein Parteigeschenk, für das im Gegenzug Identifikation mit dem Sozialismus, mit der Partei und ihrer Politik erwartet wurde. Tatsächlich akzeptierte die Mehrheit gern die spürbaren Verbesserungen. Doch die Akzeptanz der SED-Diktatur entsprach eher dieser Haltung: „Tut ihr mal so, als würdet ihr uns regieren. Solange es uns einigermaßen gut geht, tun wir so, als ließen wir uns regieren.“ Bereits früh zeichnete sich ab, dass der – wenn auch in bescheidenem Rahmen wachsende – Wohlstand ein geliehener Wohlstand war.

Gerhard Schürer, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, im Rückblick<sup>10</sup>:

*Noch wollte ich es nicht glauben, dass Erich Honecker ökonomisch so ungebildet war, um nicht zu verstehen, dass man mit vier Prozent Wachstum der Leistung auf Dauer nicht fünf bis sieben Prozent Zuwachs im Lebensstandard bilanzieren kann. Das war auch gegen die Losung von der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gerichtet [...]. Ich sah die Gefahr, dass dieses Programm nur durch wachsende Kreditaufnahmen im westlichen Ausland oder, was noch schlimmer war, durch Vernachlässigung der Investitionen zur Modernisierung der Wirtschaft oder durch beides zu finanzieren war. In der [...] Diskussion im Politbüro wurde ich jedoch so scharf und einmütig zurückgewiesen, dass mich selbst Zweifel plagten. [...]*

*Erich Honecker: „Wenn die Staatliche Plankommission und die Regierung diese Meinung vertreten, dann sabotieren sie den Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Niemand hat beschlossen, dass wir uns in kurzer Zeit entschulden wollen.“*

Wie problematisch diese Art der „Erhöhung des Lebensniveaus“ tatsächlich war, zeigen die erforderlichen Kreditaufnahmen in Devisen. Betrug die Auslandsverschuldung 1970 noch 2 Mrd. VM, so war sie 1980 bereits auf 27,9 Mrd. VM angewachsen. Allein die Zinsen verschlangen 40 Prozent der Exporterlöse.

## 5.2 Verstaatlichungskampagne 1972 und ihre Hintergründe

Anfang der 1970er Jahre verstärkte Moskau erneut seinen Druck auf die RGW-Staaten, ihre Entwicklung stärker nach dem sowjetischen Vorbild auszurichten. In der ČSSR ging man daraufhin 1971 an die Rückverstaatlichung der 1968/69 privatisierten Betriebe. In der DDR bekräftigte das Politbüro im Februar 1972 ebenfalls seinen Willen zur „Vollendung der sozialistischen Produktionsverhältnisse“.

In einer überstürzten Kampagne verloren die verbliebenen Privatunternehmen nahezu vollständig ihre Selbständigkeit. 2.500 Privatbetriebe und 5.600 halbstaatliche Betriebe aller Branchen von der Gewürzmühle bis zum Reifenwerk, dazu 180 private und 800 halbstaatliche Baubetriebe waren betroffen. Doch im Gegensatz zu früheren Enteignungen durften die bisherigen Eigentümer bei Zustimmung durch die Belegschaft meist

als „Betriebsleiter“ weiterarbeiten. Auch bislang private Handwerker wurden erneut genötigt, sich in PGH zusammenzuschließen. Die SED feierte die „Vollendung der sozialistischen Produktionsverhältnisse“. Für die Gesellschaft bedeutete das zum Teil chaotische Versorgungseinbrüche und Engpässe bei vielen der „1000 kleinen Dinge“, deren Nachfrage durch die Privaten bislang vergleichsweise rentabel und flexibel gedeckt worden war.

### 5.3 Konsumgüter um jeden Preis

Um den fehlenden Bedarf an Waren des täglichen Bedarfs und Konsumgütern zu kompensieren und zugleich den Eindruck eines dauerhaften Aufschwungs zu vermitteln, wiesen die SED-Wirtschaftsfunktionäre ihre Kombinate an, zusätzlich zu ihrem Produktionsprofil zwischen 5 und 10 Prozent Konsumgüter für den Handel zur Verfügung zu stellen. Was die einzelnen Betriebe zunächst als Notmaßnahme produzierten, blieb ihnen freigestellt, wurde jedoch bald zu einem festen Bestandteil der SED-Wirtschaftspolitik. Ihre Blütezeit hatte diese überwiegend unwirtschaftliche, manufakturähnliche Kleinproduktion bis in die 1980er Jahre.

So stellte ein Strom produzierendes Kombinat „nebenbei“ u.a. folgende Konsumgüter her: Champignons, destilliertes Wasser, Fußluftpumpen für PKW, Gartenschaukeln, Garderoben, Gartenzwerge, Grillkohle, Kleintensoren für Piko-Spielzeugeisenbahnen, Musikinstrumente für Kinder, Ofenvorlegebleche, PKW-Auspuffanlagen, Saunauhren, Spielkreisel, Spielzeugeisenbahnen aus Holz, Stehleuchten, Terrazzo-Platten, Tragetaschen, Wand-, Tisch- und Pendeluhr.

Herbert Knaack, Generaldirektor des Kombinates Verbundnetze Energie, über die mangelnde Wirtschaftlichkeit der Konsumgüterproduktion<sup>11</sup>:

*Man konnte, weil die offizielle Politik hieß: Also macht bitte Konsumgüter [...] den Vorschlag nicht einfach ablehnen, weil es eigentlich Unsinn war. Da musste man sich schon sehr viel einfallen lassen, um manchen Unsinn nicht zu machen. Ich hab da auch ganz offen diskutiert und gesagt: „Also Konsumgüter, wo man noch was dabei zusetzt, das wollen wir eigentlich nicht.“ Zum Beispiel hatten sie Gehwegplatten erfunden: [...] aus Asche und Beton, und die wurden in der Herstellung so teuer, dass sie, glaub ich, 70 Pfennig in der Herstellung kosteten, aber der Endverbraucherpreis war bloß 20 Pfennige. Da hab ich gesagt: „Wie kann man so was*

*machen?! Das ist doch gegen jegliche Wirtschaftlichkeit; ich kann doch nicht Leute damit beschäftigen, was zu tun, wo man aus dem anderen Geschäft 50 Pfennig dazulegen muss für jede Platte!“*

Eine Kosten-Nutzenrechnung gab es kaum. Meist wurde in Betriebsabteilungen produziert, was ohne viel Aufwand möglich war oder den eigenen Neigungen und Wünschen entsprach.

Herbert Knaack<sup>12</sup>:

*Ein Netzbetrieb in Weimar war darauf gekommen, Gartenzwerge zu produzieren. Die hatten irgendwo in ´ner Ecke Formen für Gartenzwerge gefunden, und dann hatten sie Gartenzwerge aus Gips hergestellt und hatten die bemalt und haben sie als Konsumgüter angeboten. Da hab ich gesagt: „Das ist doch nicht möglich, müsst ihr uns das antun?!“*

Kennzeichnend für diese Wirtschaft, die Bedarfslücken einerseits auf dilettantische Weise zu kompensieren versuchte, war auf der anderen Seite eine kaum vorstellbare Einflussnahme. Nicht nur neue Schwerpunktbereiche wie die Mikroelektronik wurden unter höchste Staatsvorgaben und -kontrollen gestellt – nicht zuletzt, um die Projekte mit umgeleiteten Bilanzen und notwendigen Devisen zu versorgen. Selbst die Entwicklung hochwertigerer Konsumgüter wie Kassettenrecorder oder Farbfernseher wurde in den Status von Staatsplanthemen erhoben und unter Ministerratskontrolle gestellt, um die technischen Voraussetzungen und die Materialbeschaffung für die termingerechte Produktionseinführung realisieren zu können.

### 5.4 Arbeit als Lebensmittelpunkt und Sozialistischer Wettbewerb

Arbeit galt als in der DDR als ein zentraler Wert. Die miteinander verbrachte Zeit (Normalschicht bis 1989: 43,5 Wochenstunden) im Arbeitsprozess, zuzüglich der Pausen, der Aktivitäten im „Sozialistischen Wettbewerb“, während der „Subotniks“ (freiwillige, unentgeltliche Arbeitseinsätze), der Brigadeveranstaltungen und kollektiver Freizeitgestaltung stellten einen wesentlichen Teil des sozialen Lebens dar. Privates war dabei so wenig tabu wie die – sich kaum unterscheidenden – Löhne der Schichtarbeiter und die Gehälter ihrer Leiter.

Über all dem stand das sozialistische Ideal vom „Ich zum großen Wir!“, das Ideal vom kollektiven Denken und Lenken, dem der Einzelne sich gern unterordnen sollte. Bereits 1950 war der „Sozialistische Wettbewerb“ ins Leben gerufen worden als Instrument zur besseren Planerfüllung und zur kollektiven Erziehung „sozialistisch zu lernen und zu leben“. 1988 beteiligten sich 84 Prozent der Abteilungen oder in kleineren Einheiten als „Brigaden“ zusammengefasste Werktätige am „Kampf“ um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“, einer jährlichen Auszeichnung für Planübererfüllung und gemeinsame gesellschaftliche Aktivitäten, die mit einer Kollektivprämie für weitere Veranstaltungsbesuche und Kollektivfeiern verbunden waren. Zuständig für die Organisation waren die Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL), die Betriebsparteiorganisation (BPO) der SED und in größeren Betrieben die Abteilung Wettbewerb.

### 5.5 Planaufstellung

Zur Festlegung des Plansolls wurde alljährlich ein besonderes Ritual zelebriert. Von den Fachministerien gingen die Planziele für das kommende Jahr an die Kombinate und VVB, und entsprechend untersetzt in die Betriebe und Abteilungen. Betriebsgewerkschaft und Staatliche Leitung organisierten in den Abteilungen „Plandiskussionen“ mit den Werktätigen, die ein „Mitspracherecht“ simulierten und zugleich zu möglichst hohen Leistungen verpflichten sollten. Die im Ergebnis von den Betriebsdirektoren vorgeschlagenen, auch mit Korrekturwünschen versehenen Plankennziffern gingen zurück an die Ministerien und die Staatliche Plankommission, die daraufhin die Pläne meist entsprechend den staatlichen Erfordernissen nach oben veränderten. Das wiederum hatten die Betriebsdirektoren von vornherein kalkuliert und deshalb die Produktionszahlen auf der sicheren Seite, unter der Maximalauslastung, angesetzt. Sollten die verabschiedeten Pläne sich dennoch aufgrund von Havarien, Fehlbilanzen oder anderen Ausfällen als unerfüllbar erweisen, blieb immer noch das Mittel der Plankorrektur. Die voraussichtlich erreichbare Plangröße (z.B. 80 Prozent) wurde zu 100 Prozent erklärt, konnte wieder übererfüllt werden und hatte Auswirkungen bis in die Höhe der Jahresendprämie jedes Beschäftigten.

### 5.6 Soziale Aufgaben der Betriebe

Sozialistische Betriebe waren nicht nur zuständig für die Erzeugnisproduktion entsprechend den Planvorgaben. Von Anfang an delegierten

Staat und Kommunen auch soziale Aufgaben an sie und entzogen sich so eines Teiles ihrer Pflichten.

An erster Stelle stand das betriebliche Ferienwesen in eigenen Betriebsferienheimen und mit Austauschplätzen, die auf Kosten der Betriebe zu unterhalten und zu betreiben waren (für 3,2 Mio. Personen pro Jahr; FDGB: 1,8 Mio. pro Jahr; Staatliches Reisebüro dagegen nur 600.000 pro Jahr). Darüber hinaus hatten größere Betriebe die Auflage, auch für die ansässige Bevölkerung nutzbare Betriebskinderkrippen, Betriebskindergärten, Betriebspolikliniken, Betriebskulturhäuser, Betriebssportplätze, Betriebssportgemeinschaften etc. zu finanzieren. Angesichts der permanenten Wohnraumknappheit und gleichzeitig als ausgezeichnete Möglichkeit, gutes Fachpersonal an sich zu binden, waren clevere Betriebsleiter immer bestrebt, über möglichst viele Betriebswohnungen zu verfügen. Üblich waren auch Betriebsbibliotheken und verstärkt seit den 1970er Jahren Betriebsverkaufsstellen, in denen Lebensmittel – auch Sonderzuteilungen sogenannter „Bückwaren“ (vom beliebten Wein „Rosenthaler Kadarka“, über Tomatenketchup, „Tempolinsen“ bis zum Waschmittel „Spee“) – angeboten wurden. Das ersparte den Beschäftigten einen Teil des zeitaufwendigen, oft wenig erfolgreichen Anstehens in den Läden und Kaufhallen nach Feierabend.

Betriebe waren auch verpflichtet, Betriebsfeuerwehren und Betriebskampfguppen zu unterhalten. All dies bedeutete Kosten und finanzielle Belastungen, bei größeren, durch die Partei und Kommune angewiesenen Objekten auch Kredite. Damit fehlten Mittel für den eigentlichen betrieblichen Reproduktionsprozess. Das für viele Betriebe bittere Erwachen kam mit dem Einigungsvertrag 1990, der keine Entlastung von den Altschulden vorsah und damit zu mancher Zahlungsunfähigkeit beitrug.

## 6. DER WIRTSCHAFTLICHE BANKROTT DER DDR

Der Beginn des endgültigen wirtschaftlichen Niedergangs der DDR wird von Historikern, aber auch von DDR-Wirtschaftsfachleuten wie Gerhard Schürer auf das Jahr 1982 datiert. Das zunehmend auf Kredit finanzierte Sozialprogramm und die Subvention des Grundbedarfs (1989 gegenüber 1971 versechsfacht) brachte den Staat an den Rand seiner Zahlungsfähigkeit.

Die hohe Zinslast zur Tilgung der aufgenommenen Auslandskredite (1980: 27,9 Mio. VM) zwang die SED-Führung zur Steigerung der Exportrate um jeden Preis. Selbst Valutaerlöse von einer DM für einen Herstellungsaufwand von bis zu 20 Mark wurden in Kauf genommen. Die durchschnittliche „Devisenertragskennziffer“ sank von 1 zu 2,2 im Jahr 1980 auf 1 zu 4,4 im Jahr 1989. Selbst die „Gestattungsproduktion“ als Billigproduzent westlicher Marken (von „Trumpf“-Schokolade bis „Triumph“-Unterwäsche), dazu der Ausverkauf von Pflastersteinen bis Kunstschätzen über Alexander Schalck-Golodkowskis KoKo-Außenhandels-gesellschaft (Gesamtumsatz bis zu 2 Milliarden DM pro Jahr) wurden zu letzten Notnägeln. Gleichzeitig wurden Importe drastisch reduziert. Die in allen Bereichen sichtbare Folge waren erneute Versorgungsprobleme. Zu einer besonders ernsten Krise kam es bei Fleischerzeugnissen. Fehlende Devisen erschwerten notwendige Futtermittelimporte und beschränkten die Aufzucht von Schlachtvieh. Gleichzeitig erhöhte die DDR ihre Fleischexporte, um mehr Kreditfähigkeit zu erlangen.

Erst mit dem 1983 durch den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß vermittelten Milliardenkredit der Bundesrepublik entspannte sich die Gesamtlage etwas. Allerdings sollte die DDR-Wirtschaft sich bis zu ihrem Ende nie wieder wirklich erholen. Das Wirtschaftswachstum (1970-1975: im Durchschnitt 6,5 Prozent; 1977-1979: 5,0 Prozent) sank stetig auf nur noch 2 Prozent 1989.

Neben all den inneren Problemen bestand 1981 durch die Zahlungsunfähigkeit Polens und Rumäniens die Gefahr eines Kreditstopps internationaler Banken auch für die DDR. Gleichzeitig war die Sowjetunion aufgrund eigener Zahlungsschwierigkeiten gezwungen, größere Erdölmen-gen auf dem internationalen Markt zu verkaufen und konnte ihre Lieferverträge in die RGW-Staaten nicht einhalten. Die SED reagierte darauf mit noch massiverer Umstellung auf die stark umweltbelastende Braunkohle.

### 6.1 Der Trick mit den verlängerten Abschreibungen

Die erforderlichen Finanzen zur perspektivischen Sicherung der DDR-Wirtschaft waren im Staatshaushalt nicht mehr verfügbar. Man riss zunehmend Löcher auf, um andere Löcher zu stopfen. Die Investitionsrate zur Erneuerung verschlissener Ausrüstungen und Maschinen sank dabei stetig von 29 Prozent 1975 auf 18 Prozent 1989. Zwischen 1977 und 1989 stieg der Anteil der Maschinen und industriellen Ausrüstungen, die

älter als zehn Jahre waren von 42,6 auf 50,6 Prozent (Bundesrepublik 1989: 30,1 Prozent). 47 Prozent der Industrieanlagen in der DDR waren Ende der 1980er Jahre abgeschrieben, d.h. sie hatten ihre vorgesehene Lebensdauer überschritten, 21 Prozent waren älter als zwanzig Jahre. Die Folge waren hohe Ausfallzeiten und Reparaturaufwendungen. Den Spitzenwert hierbei nahm die chemische Industrie ein. Ein ganzes Heer von bis zu 20 Prozent der Beschäftigten war dort mit Reparaturen und Instandhaltung befasst – Arbeitskräfte, die im Produktionsprozess dringend benötigt worden wären. Die Hilflosigkeit des Wirtschaftsapparats in dieser zunehmend desaströsen Lage gipfelte in der Anweisung des obersten Wirtschaftsfunktionärs Günter Mittag, die Nutzungsdauer für Maschinen und Ausrüstungen um durchschnittlich acht Jahre zu erhöhen.

Obwohl der wirtschaftliche Niedergang längst unübersehbare Züge angenommen hatte – für jeden sichtbar am Verfall der Städte, am desolaten Zustand der Straßen und Infrastruktur, an der ständig steigenden Umweltbelastung –, obwohl das Angebot in den Läden stagnierte und die Preise für „Luxusartikel“ in den Delikat-, Exquisit- und Elektronikfachgeschäften kaum erschwinglich blieben und die Wartezeiten für einen PKW sich seit Ende der 1960er Jahre verdoppelt hatten (1987: „Trabant“ bis vierzehn Jahre; „Wartburg“ bis 16,5 Jahre), versuchte die Führung weiter, das planwirtschaftliche Unvermögen in Erfolge schönzureden. Als auf der Leipziger Messe 1987 der „Wartburg“ mit Viertaktmotor die Gemüter erregte – seine Karosse war seit 1966 fast unverändert geblieben und der Kaufpreis hatte sich auf über 30.000 Mark verdoppelt –, übernahm es Günter Schabowski als Vertreter des Politbüros, das zu erklären:

Vorteile und Kosten des neuen „Wartburg“<sup>13</sup>:

*Jeder Betrieb muss in diesem Sinne [kostendeckend, d. Verf.] kalkulieren. Das gilt auch für die Betriebe des Automobilbaus. Sie müssen die Kosten durch ihre Erlöse decken können, und sie sind verpflichtet, einen Gewinn zu realisieren.*

*Diese grundlegenden ökonomischen Erfordernisse sozialistischen Wirtschaftens bestimmen auch den Preis. Ich möchte hier ein Wort für die Automobilbauer der DDR einlegen. Sie haben einen neuen Wartburg, sagen wir ruhig, ein neues Auto, in die Produktion genommen. Sie haben dabei in Rechnung zu stellen, dass ein völlig neuer Motor, der sich konstruktiv grundsätzlich vom bisherigen Zweitaktmotor unterscheidet und der zugleich dem wissenschaftlich-technischen Höchststand entspricht, eingesetzt wurde.*

*Neu sind der Vergaser und das entsprechende Abgassystem, das Getriebe und das ganze Antriebssystem. Neugestaltet wurde das Fahrwerk. Verbessert wurde die Innenausstattung. Es wurden Maßnahmen zur Erhöhung der Lebensdauer der Karosserie getroffen. [...]*

*Es ist eine solide Arbeit geleistet worden. [...] Es war notwendig, in 187 Betrieben der Volkswirtschaft teilweise erhebliche Investitionsvorhaben zu realisieren, um die notwendigen Zulieferungen in Qualität und Quantität zu sichern. Insgesamt beläuft sich der dafür erforderliche Investitionsaufwand auf 9 Milliarden Mark. In Berlin wurde dafür zum Beispiel eine neue Vergaserfabrik gebaut. Dieser Aufwand muss wieder erwirtschaftet werden.*

*Wir haben unsere Genossen des Automobilbaus gefragt, was bringen diese grundlegenden technischen Veränderungen dem Verbraucher? Sie haben uns Berechnungen vorgelegt, woraus sich allein beim Kraftstoff eine Einsparung von 4.000 Mark bei Erhöhung der Lebensdauer der entscheidenden Aggregate auf eine Nutzung bis zu 150.000 km ergibt. Es ergeben sich weitere Vorteile für den Verbraucher, die sich bei ihm messbar niederschlagen. Also ein wesentlich höherer Gebrauchswert, ein höherer Nutzen für den Verbraucher, ein kostendeckender Preis plus Gewinn für die intensiv erweiterte Reproduktion.*

*Nun könnte jemand auf den Gedanken kommen und sagen, da muss eben für dieses Erzeugnis Subvention gezahlt werden. Wer so denkt, muss sich aber auch die Frage gefallen lassen, welche Subvention man woanders wegnehmen soll, vielleicht beim Gesundheitswesen, bei Waren des Grundbedarfs, bei Tarifen, bei Mieten, vielleicht bei Etatposten des Wohnungsbaus oder unserer Volksbildung, von den Aufwendungen für unseren Friedensstaat – alles Dinge, die elementare Interessen jedes Bürgers betreffen. Je länger der Katalog, desto klarer wird: So vorzugehen verbietet sich von selbst.*

*Wir sind doch ein Arbeiter- und Bauernstaat.*

## **6.2 Fauxpas Mikroelektronik**

Im Jahr 1977 beschloss das ZK der SED auf seiner 6. Tagung das ehrgeizige Ziel „Zur Beschleunigung der Entwicklung, Produktion und Anwendung der Mikroelektronik in der DDR“. Das war eine logische Entscheidung, um den zunehmenden industriellen Rückstand zu begrenzen und die Exportmöglichkeiten im feinmechanischen, optischen, elektronischen Gerätebau, vor allem aber als traditioneller Maschinenbauer weiter zu sichern. Zu diesem Zeitpunkt war bereits absehbar, dass auf dem Welt-

markt künftig nur noch mit moderner Elektronik ausgestattete Geräte und numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen eine Absatzchance haben würden. Japan hatte bereits mit einer neuen Generation CNC-gesteuerter, hochpräziser Werkzeugmaschinen für einen Einbruch in diesem bis dahin für die DDR lukrativen Sektor gesorgt.

Mit einem gigantischen Aufwand, mit aus anderen Bereichen umgelenkten Milliardeninvestitionen, illegalem Technologietransfer über Schalck-Golodkowskis KoKo im Ministerium für Außenhandel und der Beschaffung wissenschaftlichen Know-hows durch die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) im Ministerium für Staatssicherheit gelang es der westlicher Embargopolitik unterliegenden DDR im September 1988, den ersten eigenen 1 Megabit-Mikroelektronik-Chip vorzustellen. Vor einem organisierten, gewaltigen Medienaufgebot verwies Erich Honecker stolz darauf, dass die DDR neben den USA, Japan und der Sowjetunion zu den wenigen Staaten gehöre, die diese Leistung im eigenen Land vollbracht hätten. Auch vor der internationalen Öffentlichkeit wurde der Eindruck erweckt, der Anschluss an die führenden Wirtschaftsmächte der Welt sei wiederhergestellt. Verschwiegen wurde allerdings, dass der unter größten Anstrengungen und Kosten zur Produktionsreife gebrachte und nur in unrentablen Stückzahlen produzierbare Speicher-Chip in der Herstellung 536 Mark kostete und Anwender ihn für 16 Mark kauften. Das bedeutete 520 Mark Subvention für jeden dieser Schaltkreise, die auf dem westlichen Markt bereits für 8 DM zu haben waren. Solcher Aufwand war für jede wirtschaftliche Nutzenrechnung absurd. Zur gleichen Zeit bot der westliche Versandhandel bereits 16-MB-Chips an – eine technische Herausforderung, die die DDR-Mikroelektronik nicht mehr meistern sollte.

1989 belief sich der Rückstand in der DDR-Elektroindustrie gegenüber dem immer reklamierten „Weltniveau“ bei Bauelementen auf vier Jahre, bei Rechentechnik, Unterhaltungselektronik und Nachrichtentechnik auf sieben bis dreizehn Jahre. Dabei hatte Erich Honecker noch 1986 auf dem IX. Parteitag der SED einmal mehr die Überlegenheit über den Kapitalismus mit der sozialistischen Wirtschaftskraft begründet. Zugleich legte er die „ökonomische Strategie“ der SED mit „Blick auf das Jahr 2000“ in zehn Schwerpunkten fest – in der Reihenfolge: Mikroelektronik, moderne Rechentechnik, rechnergestützte Konstruktion, Einsparung bei Energie und Rohstoffen, Rationalisierung, Investitionen, hochwertige Konsumgüter „in ausreichender Menge“ etc. Tatsächlich hatte Honecker

damit nur die Schwachstellen der Wirtschaft benannt. Eine Strategie zu entwickeln, wie diese zu überwinden seien, war die SED-Führung nicht mehr in der Lage.

Die Auslandverschuldung stieg weiter, die Wirtschaft stagnierte, der technologische Rückstand wuchs ebenso dramatisch wie die ökologische Katastrophe.

### 6.3 Bilanz der Umweltzerstörung

Über Jahre versuchte die unabhängige Umweltbewegung der DDR das Ausmaß der durch wirtschaftlichen Raubbau und fehlende Investitionen entstandenen Umweltschädigung öffentlich zu machen. Dafür wurden die meist unter dem Dach der evangelischen Kirche agierenden Aktivisten von der Staatssicherheit als „staatsgefährdend“ verfolgt. Erst im Dezember 1989, auf Druck des „Runden Tisches“, kamen die bis dahin geheim gehaltenen Umweltdaten an die Öffentlichkeit.

Was mancher nur ahnen konnte, der die Smoglocken über den Städten, das Waldsterben durch sauren Regen, die ökologisch umgekippten Flüsse und Seen, die überdurchschnittliche Häufung an Atemwegserkrankungen noch wahrnahm, bestätigten nun die Zahlen: Die DDR war das Land mit der höchsten Umweltbelastung in Europa.

- Die Luftbelastung betrug 1988 bei Schwefeldioxid 5,2 Mio. Tonnen und 48 Tonnen pro Quadratkilometer, bei Stickoxiden 0,7 Mio. Tonnen, 6,6 Tonnen pro Quadratkilometer, bei Staub 2,2 Mio. Tonnen, 20 Tonnen pro Quadratkilometer und bei Kohlenwasserstoffen (insbesondere FCKW) 0,35 Mio. Tonnen.
- Als relativ wasserarmes Industrieland war der Nutzungsgrad von Fließgewässern überdurchschnittlich hoch (Saale z.B. durchschnittlich 5 bis 7-mal). Die Belastung durch nicht oder kaum vorgeklärte Industrie- und kommunale Abwässer war so stark, dass in den 1980er Jahren z.B. der Verzehr von in der Elbe gefangenem Fisch verboten war. Bei krebserregenden Nitraten wurden die Grenzwerte im Trinkwasser von 1,2 Millionen Menschen überschritten. Industrieabwässer, chemische Überdüngung und Pestizideintrag in der Landwirtschaft machten 47 Prozent des Wassers als Trinkwasser unbrauchbar, 38 Prozent waren nur nach komplizierter Aufbereitung, 14 Prozent nach einfacher und nur 1 Prozent ohne Aufbereitung nutzbar.

- Von den im Jahr 1988 angefallenen 91,3 Millionen Tonnen Müll wurden beachtliche 36,4 Millionen Tonnen wiederverwertet, was einen der wenigen Vorzüge der Mangelwirtschaft darstellte. Die restlichen Müllmengen und Schadstoffe wurde auf 4.870 kontrollierten Deponien und mindestens 7.437 wilden Müllkippen – auch im Bereich von Trinkwasserschutzgebieten – verklappt. So wurden z.B. von den 403 offiziellen Deponien im Bezirk Karl-Marx-Stadt 21 in Trinkwasserschutzgebieten und 146 an fließenden bzw. Oberflächengewässern festgestellt.
- Jährlich 20 Millionen Tonnen Kraftwerksasche und 20 Millionen Tonnen Gülle, dazu übersäuerte und nitratbelastete Böden trugen ein Weiteres zur ständigen Verschärfung der Umweltsituation bei.

Der Raubbau an den Ressourcen und die Bedrohung der Natur und der Arten bis hin zur ökologischen Katastrophe waren der Preis für eine Planwirtschaft, die sich auch in diesem Bereich als unfähig und verantwortungslos erwies.

## 7. KONSTRUKTIONSFehler PLANWIRTSCHAFT

Längst jenseits jeder Realität erklärte Erich Honecker 1987 auf die Frage eines finnischen Journalisten, ob die DDR den Zug der internationalen technischen Entwicklung nicht verpasse, salopp: „Wir können ihn nicht verpassen, wir sitzen im Zug drin.“

Mitglieder des Politbüros berichten in ihren Erinnerungen, wie dieser Mann, der bis zum Schluss an der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ festhielt, zunehmend brisante wirtschaftliche Daten ignorierte.

Den Offenbarungseid leistete Gerhard Schürer, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, nach Honeckers Sturz in einer geheimen Wirtschaftsanalyse für das SED-Politbüro am 30. Oktober 1989. Die Inlandsverschuldung war auf 123 Milliarden Mark angewachsen (1970: 12 Milliarden M; 1980: 43 Milliarden M). Die Arbeitsproduktivität war nicht zuletzt aufgrund vielfach verschlissener Anlagen und unzureichender Automatisierung im Vergleich zur Bundesrepublik je Beschäftigten auf 40 Prozent (nach der Schürer-Analyse vom 30. Oktober 1989: 60 Prozent) gesunken. Die Auslandsverschuldung war 1989 auf 49 Milliarden DM angewachsen (1970: 2 Milliarden DM).

Auszug aus dem Bericht des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, für das Politbüro des Zentralkomitees der SED vom 30. Oktober 1989<sup>14</sup>:

*Mit den geplanten Valutaeinnahmen 1989 werden nur noch etwa 35 Prozent der Valutaausgaben, insbesondere für Kredittilgung, Zinszahlungen und Importe gedeckt. 65 Prozent der Ausgaben müssen durch Bankkredite und andere Quellen finanziert werden. Das bedeutet, dass die fälligen Zahlungen von Tilgungen und Zinsen, d.h. Schulden mit neuen Schulden bezahlt werden. [...]*

*Wenn ein Anstieg des „Sockels“ verhindert werden soll, müsste 1990 ein Inlandsprodukt von 30 Mrd. M aufgewendet werden, was dem geplanten Zuwachs des Nationaleinkommens von drei Jahren und einer Reduzierung der Konsumtion um 25 bis 30 Prozent entspricht.*

Damit war die DDR de facto nach außen zahlungsunfähig und nach innen unregierbar geworden. Das war der Staatsbankrott. Das wirtschaftspolitische Experiment Planwirtschaft war gescheitert. Das Prinzip, Mangelabbau und Wirtschaftsentwicklung durch Kommandostrukturen zu steuern, statt stärkere Selbstregulierung und Konkurrenz zuzulassen, hatte in eine ökonomische Sackgasse geführt. Die Verstaatlichung der Wirtschaft, die Unterordnung der Ökonomie unter das Primat der Politik und Ideologie erwies sich als ein Konstruktionsfehler des sozialistischen Systems.

Auch die Menschen lehnten die verordnete Wirtschaftspolitik zunehmend ab, ohne dabei um das ganze, geheim gehaltene Ausmaß des Desasters zu wissen. „Ruinen schaffen ohne Waffen“ war ein verbreiteter sarkastischer Kommentar auf den ausweglos erscheinenden Niedergang. Erst mit dem Druck der Massenfluchten im Sommer 1989 und mit der Grenzöffnung im November sahen viele DDR-Bürger für sich wieder eine Perspektive: Die deutsche Einheit.

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BHG	Bäuerliche Handelsgenossenschaft
BHT-Koks	Braunkohle-Hochtemperatur-Koks
BPO	Betriebsparteiorganisation (der SED)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
EVP	Einzelhandels-Verbraucherpreis
FCKW	Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoff
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
HO	Staatliche Handelsorganisation
HV A	Hauptverwaltung Aufklärung
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KoKo	Kommerzielle Koordinierung
LDP	Liberaldemokratische Partei
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MdI	Ministerium des Inneren
MTS	Maschinen-Traktoren-Station
NSDAP	Nationalsozialistische Partei Deutschlands
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMA	Sowjetische Militäradministration
SMAD	Sowjetische Militäradministration Deutschland
SMT	Sowjetisches Militärtribunal
SPK	Staatliche Plankommission
SU	Sowjetunion
VEB	Volkseigener Betrieb
VESchG	Volkseigentumsschutzgesetz
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VM	Valutamark
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
WBS 70	Wohnungsbauserie 70
ZK	Zentralkomitee

## WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- *Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse.* – Berlin: Links, 1997.
  
- *Meyerhoff, Jürgen / Petschow, Ulrich / Thomasberger, Claus: Umweltreport DDR. Bilanz der Zerstörung. Kosten der Sanierung. Strategie für den ökologischen Umbau. Eine Studie des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung.* – Frankfurt am Main: Fischer, 1990.
  
- *Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990.* – München u.a.: Hanser, 1998.
  
- *Weber, Hermann: DDR: Grundriß der Geschichte 1945-1990.* – Vollst. überarb. und erg. Neuauflage. – Hannover: Fackelträger-Verlag, 1991.
  
- 1| *Judt, Matthias: Aufstieg und Niedergang der „Trabi-Wirtschaft“. In: Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse.* – Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1998. – (Schriftenreihe; 350) – S. 87-164. – S. 108.
- 2| *Ebenda.*
- 3| *Barthel, Horst: Adolf Hennecke. Beispiel und Vorbild.* – Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1979. – (Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR: Illustrierte Historische Hefte, Nr. 16/1979).
- 4| *Werkentin, Falco: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht.* – Berlin: Links, 1995. – (Forschungen zur DDR-Geschichte; 1) – S. 71.
- 5| *Ebenda, S. 83.*
- 6| *Meyerhoff, Jürgen / Petschow, Ulrich / Thomasberger, Claus: Umweltreport DDR. Bilanz der Zerstörung. Kosten der Sanierung. Strategie für den ökologischen Umbau. Eine Studie des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung.* – Frankfurt am Main: Fischer, 1990.
- 7| *Döbert, Frank: Von Tauwetter keine Spur. In: Gerbergasse 18, 8 (2003) 29-II.* – S. 40-50.
- 8| *Lehmann, Otto: Zu einigen schädlichen Erscheinungen bei der Erhöhung der Arbeitsnormen. In: Tribüne, 16. Juni 1953.*
- 9| *Judt: DDR-Geschichte in Dokumenten, S. 154f.*
- 10| *Schürer, Gerhard: Gewagt und verloren. Eine deutsche Biografie.* – Frankfurt an der Oder: Frankfurt Oder Editionen, 1996. – S. 94f.
- 11| *Roesler, Jörg: Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch. 1970 bis 2000.* – Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2003. – S. 43.
- 12| *Ebenda.*
- 13| *Privatarchiv des Verfassers.*
- 14| *Schürer, Gerhard: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen. Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, 30.10.1989. In: Deutschland Archiv, 25 (1992) 10, S. 1112-1120; den vollständigen Schürer-Bericht finden Sie im Anhang dieser Publikation, auf den Seiten 71-90.*

## DIE PLANWIRTSCHAFT ALS IRRWEG

Joachim Ragnitz

## 1. EINLEITUNG

Vor zwanzig Jahren haben sich die Menschen in der DDR entschieden: für Freiheit, für Demokratie und nicht zuletzt auch für die Soziale Marktwirtschaft. Die friedliche Revolution des Jahres 1989 war nämlich nicht nur Reflex einer zunehmenden Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen, sondern in ihrem Kern auch die Folge des ökonomischen Zurückbleibens der DDR gegenüber der Bundesrepublik. Jedenfalls hatte sich die große Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung mangels Alternative durchaus mit den politischen Restriktionen arrangiert; das Wohlstandsgefälle zum Westen Deutschlands und die sich immer weiter zuspitzende Versorgungslage waren jedoch beständige Quellen des Unmuts. Erst als sich zeigte, dass die Staatsführung ohne Unterstützung durch die Sowjetunion und die anderen sozialistischen „Bruderstaaten“ keine Durchsetzungskraft mehr aufwies, weiteten sich im Herbst 1989 die zunächst eher vereinzelt Proteste von Bürgerrechtsgruppen zu einer wahren Massenbewegung aus, die dann innerhalb nur weniger Monate den sozialistischen Staat auf deutschem Boden hinwegfegte. Dass auch die Einheit dann so schnell erreicht werden konnte, hatte viel mit der Erwartung breiter Bevölkerungsschichten zu tun, dass die Anbindung an die wirtschaftlich stärkere Bundesrepublik auch Teilhabe an deren

Wohlstand bedeuten würde – eine Perspektive, die wie auch immer gear- tete Vorstellungen eines eigenständigen „dritten Weges“ nicht bieten konnten.

Im Folgenden soll zunächst herausgearbeitet werden, dass das Scheitern der DDR auf ökonomischem Gebiet seine Ursache vor allem in den Unzu- länglichkeiten des Systems der Zentralverwaltungswirtschaft hatte, also nicht auf widrige Umstände oder gar das Wirken des „Klassenfeindes“ zurückgeführt werden kann. Dies wird am ehesten deutlich, wenn dem DDR-Wirtschaftssystem die Grundprinzipien marktwirtschaftlicher Ord- nungen kontrastierend gegenübergestellt werden. Umso bedrohlicher wirkt es daher, wenn angesichts der aktuellen Wirtschafts- und Finanz- krise die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung erneut infrage gestellt und gegen ihre Prinzipien verstoßen wird. Erforderlich erscheint daher eine Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Grundsätze, nicht aber deren Ersatz durch Anleihen bei staatsinterventionistischen Maßnah- men.

## **2. DAS SCHEITERN DER DDR: DEFIZITE DER ZENTRALVERWALTUNGSWIRTSCHAFT**

Auch wenn die Diskrepanz zwischen offizieller Propaganda und ökonomi- scher Lebenswirklichkeit in der Endphase der DDR offen zu Tage trat, war die tatsächliche wirtschaftliche Situation noch viel dramatischer, als es selbst westlichen Beobachtern der DDR bekannt war. So wurde das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt im *CIA World Fact Book* 1989 auf immer- hin 70 Prozent des westdeutschen Niveaus beziffert;<sup>1</sup> sie galt als zehnt- größter Industriestaat der Welt. Tatsächlich hatte die DDR zum Ende der 1980er Jahre abgewirtschaftet, wie es wohl am treffendsten beschrieben wird in der von der Staatlichen Plankommission verfassten „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“ (Schürer-Papier)<sup>2</sup> vom Oktober 1989. Demzufolge war die DDR zu jenem Zeitpunkt faktisch zahlungsunfähig, da die zur Begleichung der Zinsverpflichtungen gegen- über dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ benötigten Devisen das Anderthalbfache der Exporterlöse ausmachten, also nur durch Aufnahme weiterer Kredite zu finanzieren gewesen wären. Als wesentliche Ursache hierfür wurde durchaus folgerichtig ein Versagen des staatlichen Systems der „Leitung und Planung“ identifiziert: Infolge der langjährigen Vernach- lässigung der Investitionstätigkeit waren der Produktionsapparat sowie die Infrastruktur weitgehend verschlissen, so dass es allenthalben zu

Produktionsausfällen kam, die die Erfüllung der staatlichen Planvorgaben nicht mehr möglich machten. Die Einkommen der Bevölkerung waren über Jahre schneller gestiegen als die Produktion, so dass sich ein erheb- licher Kaufkraftüberhang angesammelt hatte. Schlecht bestellt stand es zudem auch um die technologische Leistungsfähigkeit der DDR-Wirt- schaft, weil Prestigeprojekte (insbesondere die Mikroelektronik) zulasten anderer Technologiefelder ausgebaut worden waren. Die Arbeitsproduk- tivität als ein zusammenfassender Indikator wirtschaftlicher Leistungs- kraft lag daher selbst nach den günstigen Schätzungen der Staatlichen Plankommission um 40 Prozent hinter dem Westen zurück (nach west- lichen Schätzungen, die nach dem Mauerfall verfasst wurden, sogar um mehr als die Hälfte).<sup>3</sup> Dies veranlasste die Autoren der Schürer-Studie zu der Feststellung, dass eine Sanierung der DDR-Wirtschaft eine Reduk- tion des Lebensstandards der Bevölkerung um wenigstens ein Drittel bei gleichzeitiger Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in die Wirt- schaftsordnung erfordern würde – also quasi eine Bankrotterklärung der Wirtschaftspolitik der DDR seit Beginn der 1970er Jahre.

Zum Teil sind die sich bis zum Ende der 1980er Jahre aufgestauten wirt- schaftlichen Probleme Folge von politischen Fehlentscheidungen der Jahre zuvor. Hierzu gehören insbesondere der seit 1971 verstärkte Einsatz von Ressourcen zur Produktion von Konsumgütern bzw. zum Neubau von Wohnungen auf Kosten der produktiven Investitionen und der Infrastruk- tur. Hinzu kam die trotz steigender Erzeugungskosten praktizierte Stabi- lisierung der Endverbraucherpreise durch preisstützende Maßnahmen, was einer der Gründe für die Entstehung von Kaufkraftüberhängen war und die beständige Mangelwirtschaft in der DDR mitverursachte. Schließ- lich muss auch der Versuch, von externen Energielieferungen unabhängig zu werden und stattdessen die heimische Braunkohle als Energieträger zu nutzen, als eine politische Fehlentscheidung angesehen werden, da dies zu den massiven Umweltbeeinträchtigungen beitrug.

Zum Teil haben darüber hinaus zwar auch singuläre Ereignisse wie un- günstige Witterungsbedingungen in einzelnen Jahren die wirtschaftliche Krise verschärft, da diese zum einen zu Ernteaufällen geführt haben, zum anderen aber auch den Energieverbrauch negativ beeinflusst haben. Unabhängig hiervon muss das Scheitern der DDR auf wirtschaftlichem Gebiet aber vor allem grundlegenden Schwächen des politischen und wirtschaftlichen Systems zugeschrieben werden.

Um dies zu begründen, scheint es sinnvoll, einige wesentliche Charakteristika des DDR-Wirtschaftssystems in Erinnerung zu rufen:

- *Zentrale Planung und Lenkung der Produktion:* Wesentlich war zunächst einmal die zentrale Planung und Lenkung der Produktion, wobei sich diese nicht nur auf „strategisch“ wichtige Sektoren bezog, sondern mit zunehmender Intensität die ganze Breite der Volkswirtschaft einzuschließen versuchte. Hierzu wurde im Rahmen komplexer Rechenmodelle ausgehend von der angestrebten Versorgungslage der Bevölkerung der notwendige Ressourceneinsatz (an Arbeit, Investitionsmitteln und Vorleistungsgütern) auf allen Ebenen der Wirtschaft bestimmt und in Planvorgaben für die einzelnen betrieblichen Einheiten umgesetzt. Planverfehlungen an irgendeiner Stelle der Volkswirtschaft mussten infolge der Interdependenz der Pläne jedoch unmittelbare und je nach Ausmaß weitreichende Folgen in der gesamten Volkswirtschaft haben. Tatsächlich waren die zunehmenden Produktionsengpässe in den 1980er Jahren häufig dadurch bedingt, dass die festgelegten Produktionspläne auf den vorgelagerten Stufen der Wertschöpfungskette nicht eingehalten werden konnten.<sup>4</sup> Dies wurde noch dadurch verstärkt, dass es bei der Planaufstellung nicht primär um eine realistische Einschätzung der Ziele und Möglichkeiten ging. Vielmehr waren die Planvorgaben für die einzelnen Betriebe durchaus auch als Instrument der Leistungssteigerung gedacht, indem sie im Regelfall so hoch festgelegt wurden, dass sie nur „unter Anspannung aller Kräfte“ erreichbar waren.
- *Konsumnachfrage nicht planbar:* Die Zentralverwaltungswirtschaft konnte in der DDR vor allem deswegen nicht funktionieren, weil die Konsumnachfrage der privaten Haushalte nicht explizit in das Planungsverfahren einbezogen war. Es war a priori unklar, welche Güter wann und wo nachgefragt wurden. Versorgungsmängel auf der einen Seite und Überschussproduktion auf der anderen Seite waren daher systembedingt und hätten nur vermieden werden können, wenn der Staat auch die Nachfrage der Konsumenten hätte autoritär festlegen können, z.B. durch Zuteilung von Waren. Da hierauf aus gutem Grund – denn eine solche Einschränkung der Konsumentensouveränität hätte die Unzufriedenheit der Bevölkerung wohl noch mehr erhöht – verzichtet wurde, blieb den staatlichen Planungsbehörden nur die Orientierung an Erfahrungswerten, was aber nicht ausreichte, die beschriebenen Defizite zu kompensieren. Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage waren daher unvermeidlich.

- *System verhindert Flexibilität:* In engem Zusammenhang hiermit steht, dass die Flexibilität eines Systems zentraler Planung, also seine Fähigkeit, auf sich verändernde Rahmenbedingungen zu reagieren, vergleichsweise gering ist. Während in einer Marktwirtschaft Abweichungen zwischen geplanten und realisierten Produktionsmengen durch Preisanpassungen behoben werden, die zu baldiger Markträumung führen und den Beteiligten als wichtiger Signalgeber dienen, ist in einem System zentraler Planung eine Anpassung der produzierten Mengen immer erst in der Folgeperiode möglich. Bei sich ständig ändernden Nachfragebedingungen muss es dann zwangsläufig dazu kommen, dass die Planvorgaben permanent verfehlt werden. Ganz abgesehen davon: Auch „spontane“ Innovationen, so es sie überhaupt gegeben hat, hätten in der DDR nicht durchgesetzt werden können, da diese das gesamte System der zentralen Planung gestört hätten.
- *Verzicht auf Marktpreise:* Dies führt unmittelbar zu einem weiteren Systemfehler der DDR-Wirtschaftsordnung, nämlich dem Verzicht auf Marktpreise als Informationsinstrument einerseits, aber auch als Anreizinstrument andererseits. Während in marktwirtschaftlichen Systemen Knappheiten durch steigende Preise angezeigt werden und deswegen – über entsprechende Gewinnanreize – zu einer Ausweitung des Angebots führen, wurde dieser Mechanismus in der DDR außer Kraft gesetzt. Preise hatten in der DDR primär die Funktion einer Rechengröße, die dazu dienten, die Produktionsmengen verschiedener Güter miteinander vergleichbar zu machen und deswegen die Durchführung der zentralen Planung zu erleichtern. Als Instrument zur Signalisierung von Knappheiten – und damit als marktliches Lenkungsinstrument – spielten die Preise in der DDR hingegen keine Rolle. Zudem wurden die Preise bestimmter Güter aus sozialpolitischen Gründen unter ihren wahren Produktionskosten festgesetzt, während andere Güter aus primär ideologischen Gründen zu einem überhöhten Preis abgegeben wurden. Dies hatte dann zur Folge, dass Güter des täglichen Bedarfs – wie Brot oder Brötchen – über mehr als zwanzig Jahre hinweg zu einem unveränderten (niedrigen) Preis (5 Pfennig pro Brötchen) abgegeben wurden, obwohl die Löhne – als wesentlicher Bestandteil der Produktionskosten – in der gleichen Zeit um mehr als 72 Prozent (von 768 Mark 1970 auf 1.322 Mark 1989) stiegen. Ähnliches gilt für andere Nahrungsmittel, Beförderungsentgelte im Öffentlichen Personennahverkehr, Brennstoffe oder auch Teile des Sortiments bei Haushaltschemikalien, Genussmitteln und Haushaltswaren.<sup>5</sup> Auch die Wohnungsmieten

waren aus sozialpolitischen Gründen niedrig festgesetzt, mit dem Effekt, dass notwendige Erhaltungsmaßnahmen durch Mieteinnahmen nicht finanziert werden konnten. Dagegen wurden bei Gütern des gehobenen Bedarfs – so diese überhaupt vorrätig waren – die Endverbrauchspreise oftmals weit über den Produktionskosten festgelegt, nicht zuletzt um auf diese Weise Kaufkraftüberhänge abzuschöpfen.

- *Kombinate*: Der Unternehmenssektor in der DDR war geprägt durch einige wenige große Kombinate, die unter ihrem Dach häufig den größten Teil der Produktion einer Branche vereinigten. Insgesamt gab es 167 zentral geleitete Kombinate, die direkt der Staatsführung (Fachministerium bzw. Fachabteilung im ZK der SED) unterstellt waren; darüber hinaus etwa neunzig bezirksgeleitete Kombinate, die den entsprechenden Stellen auf der Bezirksebene unterstanden. Die einzelnen Kombinate bestanden im Regelfall aus einer Vielzahl kleinerer (Volkseigener) Betriebe, die jedoch den Weisungen der Kombinateleitung zu folgen hatten. Üblicherweise umfasste ein Kombinat mehrere tausend Mitarbeiter – einzelne Kombinate beschäftigten mehr als 50.000 Personen. Typisch war dabei, dass zumeist die gesamte Wertschöpfungskette – von der Herstellung von Vorprodukten und Investitionsgütern bis hin zu den Endprodukten – innerhalb eines Kombinats vereinigt war, arbeitsteilige Beziehungen zwischen verschiedenen Kombinaten also auf ein Mindestmaß reduziert waren. Hinzu kam, dass auch viele begleitende Dienstleistungen (bis hin zu Polikliniken, Betriebskindergärten und Ferienheimen) in diese Kombinatestrukturen eingegliedert waren. Da viele dieser Unternehmenskonglomerate aus den vor der Gründung der DDR bestehenden Unternehmen zusammengefügt worden waren, waren die Kombinatebetriebe oftmals über das ganze Territorium der DDR verteilt; Neugründungen von Betrieben wurde aus Gründen der regionalen Entwicklung zudem häufig an peripheren Standorten vorgenommen. Entsprechend hoch war der logistische Aufwand, der zur Belieferung einzelner Kombinatebetriebe geleistet werden musste. Aus planerischer Sicht war die Kombinatestruktur durchaus folgerichtig, weil Planvorgaben der Staatsführung unmittelbar an die Verantwortlichen auf Kombinateebene weitergereicht werden konnten, die diese dann innerhalb ihrer Kombinatestrukturen umzusetzen hatten. Große Einheiten weisen aber typischerweise auch ein starkes Beharrungsvermögen auf, wenn Anpassungen an geänderte Rahmenbedingungen erforderlich sind. Da zudem auch innerhalb der Kombinate das System der hierarchischen Führung verwirklicht war, war die Eigeninitiative der

einzelnen Betriebe oder gar der einzelnen Beschäftigten auch hier nur gering ausgeprägt.

- *Fehlender Wettbewerb*: Die zentrale Führung, aber auch der Zusammenschluss ganzer Industriezweige innerhalb eines Kombinats brachte es mit sich, dass es einen Wettbewerb zwischen eigenverantwortlich agierenden Unternehmen nicht gab. Anreize für einen effizienten Ressourceneinsatz gab es damit so gut wie nicht, zumal Gewinne an den Staatshaushalt abgeführt werden mussten, etwaige Verluste im Gegenzug aber auch durch den Staatshaushalt abgedeckt wurden. Fehlender Wettbewerb kann darüber hinaus auch als eine Ursache für die ungenügend ausgeprägte Innovationstätigkeit in der DDR-Wirtschaft angesehen werden. Zentrale Vorgaben konnten dies nur ungenügend ausgleichen.
- *Kaum private Unternehmen*: Privateigentum an Produktionsmitteln gab es in der DDR nur in äußerst geringem Maße. Nach der letzten Verstaatlichungswelle 1972 waren nur sehr wenige privat geführte Unternehmen verblieben, und auch diese wurden durch die Staats- und Parteiführung systematisch benachteiligt. Zwar hatte die Eigentumsverfassung der DDR primär ideologische Gründe, da privates Eigentum mit der Ausbeutung der Arbeiterklasse gleichgesetzt wurde. Dass auch Volkseigentum (als euphemistischer Ausdruck für staatliches Eigentum) hiergegen keinen Schutz bot, wurde geflissentlich übersehen. Das weitgehende Verbot von privat geführten Unternehmen war aber auch aus rein praktischen Gründen erforderlich, um der zentralstaatlichen Planung hinreichend Durchsetzungskraft zu verleihen. Insoweit war die Eigentumsordnung der DDR durchaus auch als ein konstituierender Bestandteil der zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnung zu sehen. Unmittelbare Folge des Verbots von Privateigentum waren die davon ausgehenden negativen Anreizwirkungen. Da niemand durch eigene Anstrengung sein Privatvermögen hätte mehren können, vielmehr alle Gewinne aus sorgsamer Geschäftsführung allein dem Staat zugefallen wären, war der Anreiz zur Kapitalbildung sowie zu Innovation und technischem Fortschritt auf der individuellen Ebene gering. Gewinnanreize, wie sie für marktwirtschaftliche Systeme prägend sind, mussten in der Ordnung der DDR durch staatliche Vorgaben und Auflagen ersetzt werden, was jedoch nur in eingeschränktem Maße erfolgreich war. Die darüber hinaus gezahlten Leistungsprämien (für Planübererfüllung) waren für sich genommen ein zu geringer Anreiz, dieses Defizit zu beheben.

- *Abschottung vom Weltmarkt:* Die DDR war nur rudimentär in die internationale Arbeitsteilung integriert. Dies reflektierte zum einen die Abschottungstendenzen des Warschauer Paktes, der auf weitreichende Autarkie setzte und Außenhandel im Wesentlichen nur zwischen den ebenfalls zentralverwaltungswirtschaftlich organisierten sozialistischen „Bruderstaaten“ (bei Bevorzugung der Sowjetunion) vorsah, also diesen ebenfalls der zentralen Lenkung unterwarf. Zum anderen verhinderte aber auch der Westen insbesondere den Export von (militärisch nutzbaren) Technologien in die RGW-Staaten (RGW = Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe). Beides hat dazu beigetragen, dass die DDR (wie auch die übrigen osteuropäischen Staaten) den Anschluss an westliche Technologieentwicklungen weitgehend verloren und diese – wenn überhaupt – durch Eigenentwicklungen ersetzen mussten. Auch dies erklärt einen Teil der Rückständigkeit der DDR gegenüber der Bundesrepublik. Wenn Waren in den Westen exportiert wurden, um die benötigten Devisen zu beschaffen, so handelte es sich zumeist um subventionierte Angebote, die offiziellen Angaben zufolge nur rund ein Viertel der tatsächlichen Produktionskosten abdeckten.

Ein „dritter Weg“, wie er zumindest in der Umbruchphase des Jahres 1989 zeitweise diskutiert wurde, in dem die bestimmende Rolle des Staates beibehalten, jedoch durch Rückgriff auf ausgewählte Instrumente marktlicher Koordination hätte ergänzt werden sollen, ist auch aus Sicht des Jahres 2009 kaum vorstellbar. Er war von den Menschen in der DDR auch nicht gewünscht, die sich vor allem von der Vorstellung leiten ließen, möglichst schnell das westdeutsche Wohlstandsniveau zu erreichen und deswegen Experimente, wie sie von einigen Vertretern der DDR-Opposition und der diversen „runden Tische“ diskutiert wurden, schon in den Volkskammerwahlen im März 1990 abwählten. Im Nachhinein muss diese Entscheidung als richtig gewertet werden; ansonsten wäre die deutsche Einheit sicherlich nicht (oder wenigstens nicht so schnell) zu vollenden gewesen. Die Frage, inwieweit die marktwirtschaftliche Ordnung deutscher Prägung geeignet ist, auch die heutigen Herausforderungen zu bestehen, darf dennoch gestellt werden.

### 3. GRUNDPRINZIPIEN MARKTWIRTSCHAFTLICHER ORDNUNG

Das Zurückbleiben der DDR auf ökonomischem Gebiet hat viel damit zu tun, dass die Zentralverwaltungswirtschaft einer Marktwirtschaft konzeptionell unterlegen ist – das gewinnorientierte Handeln vieler einzelner Akteure in einem wettbewerblich orientierten System führt nicht nur dazu, dass die Bedürfnisse der Nachfrager bestmöglich erfüllt werden, sondern quasi automatisch auch zu Effizienzsteigerungen, zu Innovationen und damit, auf längere Frist gesehen, auch zu Wohlstandssteigerungen für alle. Konstitutiv ist dabei wenigstens die Verwirklichung der folgenden Prinzipien<sup>6</sup>:

- *Existenz von Privateigentum:* Privates Eigentum auch an Produktionsmitteln sorgt zum einen für verantwortungsvollen Umgang mit knappen Vermögensgütern; es garantiert zum anderen aber auch dem Einzelnen, dass zumindest ein maßgeblicher Teil seiner individuellen Leistung auch in Zukunft bei ihm verbleibt. Privates Eigentum erfordert zudem die Sicherung von gerichtlich einklagbaren Eigentumsrechten.
- *Freie Preisbildung:* Marktpreise sind auf der instrumentellen Ebene als Knappheitsindikator und damit als Informations- und Anreizinstrument zu interpretieren. Dies gilt selbst dann, wenn die Preisanpassung im Falle temporärer Marktungleichgewichte nur zeitverzögert erfolgt, also zeitweilige Knappheiten oder Lagerbestände entstehen. Zumindest auf mittlere Sicht sorgt eine unverzerrte Preisbildung jedenfalls für Markträumung, so dass Fehlallokationen von Ressourcen vermieden werden.
- *Offene (wettbewerblich organisierte) Märkte:* Wettbewerbliche Strukturen sind zum einen erforderlich, um zu einer effizienten Ressourcenallokation zu gelangen, da sich im Regelfall diejenigen Lösungen durchsetzen, die zur Kostenminimierung (und damit zur Nutzenmaximierung für den Nachfrager) führen. Zum anderen ist ein unverzerrter Wettbewerb auch erforderlich, um die Ausbeutung der jeweils anderen Marktseite zu verhindern. Wirtschaftspolitik ist in einer Marktwirtschaft daher zu einem guten Teil auch Wettbewerbspolitik.
- *Bindende Haftungsregeln:* Auch diese gewährleisten ein verantwortungsbewusstes Handeln, da im Falle eines Scheiterns der jeweilige Verursacher hierfür einstehen muss. Insoweit dienen sie ebenfalls

einem sorgsamem Umgang mit knappen Ressourcen und der Vermeidung übermäßiger Risiken.

Die Durchsetzung dieser Prinzipien ist Aufgabe des Staates – eine Marktwirtschaft ist insoweit keine „staatsfreie“ Wirtschaft, vielmehr eine, bei der strikte Regeln zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsordnung zwingend erforderlich sind. Dies schließt Staatseingriffe zur Korrektur von Fehlentwicklungen – beispielsweise zur Umverteilung oder zur Berücksichtigung externer Effekte – nicht aus; diese dürfen jedoch nicht zum Vorwand genommen werden, die konstituierenden Prinzipien marktwirtschaftlicher Ordnungen außer Kraft zu setzen. Auch industriepolitisch motivierte Maßnahmen (also zum Beispiel Subventionen) können unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoll sein, sollten aber auf jeden Fall zeitlich befristet bleiben und ein Übermaß an Intervention nicht überschreiten.

Die Soziale Marktwirtschaft deutscher Prägung ergänzt diese Prinzipien um sozialstaatliche Mechanismen, vor allem indem Schutzmechanismen für unverschuldete Notfälle installiert werden (besonders deutlich an der obligatorischen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit). Spätestens mit den arbeitsmarktpolitischen Reformen der „Agenda 2010“ wurde freilich auch deutlich gemacht, dass diese Instrumente keine Rundumversorgung bezwecken, sondern die Mithilfe und das Engagement des Einzelnen voraussetzen (Prinzip des Förderns und Forderns), ein Gedanke, der im Laufe der Jahrzehnte zuvor immer mehr in den Hintergrund gerückt war und insbesondere auch in den neuen Ländern (mit einer überdurchschnittlich hohen Anspruchshaltung gegenüber dem Staat) oftmals auch auf Unverständnis stieß. Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland unterscheidet sich insoweit deutlich von einer „freien“ Marktwirtschaft, wie sie eher in den angelsächsischen Ländern vertreten ist.

#### **4. SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE AKTUELLE WIRTSCHAFTSPOLITIK**

Die Akzeptanz der marktwirtschaftlichen Grundordnung hat in der jüngsten Vergangenheit stark gelitten. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise ist jedoch keine Folge von Konstruktionsfehlern der marktwirtschaftlichen Ordnung an sich, sondern vielmehr eine Folge von Verstößen gegen eine Reihe marktwirtschaftlicher Grundsätze, insbesondere

der zunehmenden Lockerung der „Spielregeln“, innerhalb derer sich die Marktakteure frei entfalten dürfen. Insoweit handelt es sich mehr um ein „Staatsversagen“ als um ein „Marktversagen“, wobei das entscheidende Versäumnis wohl darin lag, multilaterale, bindende Regeln zu installieren: Während in der Vergangenheit unterschiedliche Regelsysteme in den verschiedenen Ländern infolge eher schwach integrierter Märkte weitgehend folgenlos blieben, hat die fortschreitende Globalisierung insbesondere der Finanzmärkte (aber auch der Gütermärkte) dazu geführt, dass sich quasi in einem Wettbewerb der Systeme die am wenigsten bindenden Regeln durchsetzten. Die Krise, in die die deutschen (und europäischen) Banken getaumelt sind, gehen jedenfalls nicht von etwaigen Unzulänglichkeiten des heimischen Regulierungssystems aus, sondern von den Möglichkeiten der Umgehung, die Bankplätze in den USA und in Übersee boten. Die Schlussfolgerung hieraus kann daher nur lauten, dass globalisierte Märkte ganz offenkundig auch international harmonisierte Regeln erfordern.

Die deutsche Wirtschaftspolitik scheint dies durchaus erkannt zu haben, droht aber über das Ziel hinausschießen, wenn nicht nur systemrelevante Banken gerettet, sondern auch Hilfsmaßnahmen für andere ins Straucheln geratene Unternehmen ergriffen werden, die kaum als „systemisch“ angesehen werden können. Zwar mag man Versuche einer Stützung der heimischen Nachfrage trotz aller negativen Erfahrungen der Vergangenheit noch akzeptieren; Rettungsversuche für Unternehmen, die unter Überkapazitäten auf den jeweiligen Märkten leiden oder aufgrund von Missmanagement in Schwierigkeiten geraten sind, widersprechen aber fundamentalen marktwirtschaftlichen Grundsätzen und dürften auf lange Sicht auch nutzlos bleiben. Günstiger erscheint es allemal, statt auf Verzögerung des Strukturwandels auf dessen aktive Begleitung zu setzen, selbst wenn auch dies Risiken in sich birgt, die aber in ihrer Gesamtheit wohl geringer einzuschätzen sind als jene strukturerhaltender Maßnahmen.

Man hat freilich zuweilen den Eindruck, dass unter dem Eindruck der Finanzkrise auch bislang als sicher geltende Dämme brechen: Eingriffe wie die Beschränkung von Bonuszahlungen an Manager schränken nicht nur die Vertragsfreiheit privatwirtschaftlicher Akteure ein, sondern bedienen in populistischer Manier den Sozialneid. Einkommensungleichheit mag man als ungerechtfertigt ansehen; sie ist als Folge von Marktprozessen jedoch konstituierend für marktwirtschaftliche Ordnungen. Verteilungspolitische Ziele sind durch das Steuersystem zu korrigieren, nicht

durch unmittelbare Eingriffe in den Marktprozess. Auch Mindestlöhne, wie von einigen Parteien gefordert, sind als staatlicher Eingriff in die Preisbildung ein Verstoß gegen marktliche Grundprinzipien und führen im Zweifel zu Eingriffsnotwendigkeiten an anderer Stelle (die Eucken'sche „Interdependenz der Ordnungen“), da es dann in einem zweiten Schritt Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für diejenigen bedarf, die aufgrund zu hoch festgelegter Mindestlöhne ihren Arbeitsplatz verlieren. Auch auf den ersten Blick gut gemeinte Subventionen (wie zum Beispiel zur Förderung regenerativer Energien) können als Verstoß gegen marktwirtschaftliche Grundsätze angesehen werden, wenn diese auf sehr lange Frist angelegt sind und so das Preissystem dauerhaft verzerren und technologische Pfadabhängigkeiten begründen. Und schließlich: Auch Zuwanderungsbeschränkungen wie im Falle der EU-Beitrittsländer sind ein ordnungspolitischer Sündenfall, die letzten Endes bestenfalls kurzfristig helfen, langfristig aber eher schaden, weil damit der Anpassungsdruck lediglich auf andere Märkte verlagert wird (in diesem Falle: auf die Hersteller arbeitsintensiver Produkte in Deutschland, die nunmehr erhöhter Konkurrenz aus den mittel- und osteuropäischen Ländern gegenüberstehen). Die Auflistung ließe sich fortsetzen, Beispiele hierfür werden immer wieder in den Jahresgutachten des Sachverständigenrates und anderer Gremien genannt.

Trotz allem: Die Erfolge des marktwirtschaftlichen Systems in Deutschland sind unverkennbar. Nicht nur im Vergleich mit der DDR, auch im Vergleich zu vielen anderen Industrieländern mit teils deutlich stärkeren interventionistischen Traditionen hat die Bundesrepublik ein hohes Wohlstandsniveau erreichen können. Gleichwohl, die Neigung vieler Politiker ist groß, wirtschaftlichen Erfolg als einen Automatismus zu betrachten, der zu sozialpolitisch motivierten Vergünstigungen und staatlichen Lenkungsversuchen geradezu einlädt. Tatsächlich aber bedarf wirtschaftlicher Erfolg ständiger Pflege und Aufmerksamkeit, gerade auch unter den Voraussetzungen globalisierter Märkte. Das grundlegende Problem ist deshalb wohl, dass viele Menschen, aber auch viele handelnde Akteure in Politik und Verwaltung, nur ein unzureichendes Verständnis über wirtschaftliche Zusammenhänge aufweisen. Es ist Aufgabe der wissenschaftlichen Forschung, der Medien und nicht zuletzt auch der politischen Stiftungen, hier für vermehrte Aufklärung zu sorgen.

- 1/ Vgl. CIA: *The World Factbook 1989*, verfügbar unter: [http://www.theodora.com/wfb1989/german\\_democratic\\_republic/german\\_democratic\\_republic\\_economy.html](http://www.theodora.com/wfb1989/german_democratic_republic/german_democratic_republic_economy.html).
- 2/ Vgl. Schürer, Gerhard: *Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen. Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED*, 30.10.1989. In: *Deutschland Archiv*, 25 (1992) 10, S. 1112-1120; den vollständigen Schürer-Bericht finden Sie im Anhang dieser Publikation, auf den Seiten 71-90.
- 3/ *Im Schnitt liegen die Schätzungen bei 45 Prozent (vgl. hierzu die Übersicht bei Ludwig, Udo: Ohne Rückrechnung kein Nachweis des Umbruchs in den neuen Ländern. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Rückrechnungen gesamtwirtschaftlicher Daten für die ehemalige DDR. Beiträge zu einer Statistiktagung in Berlin. – Stuttgart: Metzler-Poeschel, 1993. – (Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik; 24) – S. 16-26.)*
- 4/ *Tatsächlich häuften sich unvorhergesehenen Planabweichungen zum Ende der DDR hin – hatte der Wirtschaftsplan für das Jahr 1988 ein Wachstum von 4,1 Prozent vorgesehen, belief sich die tatsächliche Wachstumsrate auf nur 2,7 Prozent. Als Grund hierfür wurden insbesondere Friktionen in der Planerfüllung angegeben (DIW, Wochenbericht 5/1989).*
- 5/ *Da aus sozialpolitischen Gründen der festgelegte Einzelhandels-Verkaufspreis (EVP) für viele Produkte seit dem VII. Parteitag (1971) nicht verändert wurde, kam es insbesondere bei Produkten, die aufgrund technischen Fortschritts oder sich ändernder Moden nicht abgesetzt werden konnten, zum Teil zu erheblichen Lagerbeständen. Um diese abzubauen, wurden die überschüssigen Waren teilweise zu Preisen exportiert, die nicht einmal den Valutaaufwand für die importierten Produktbestandteile deckten. Vgl. Weiß, Helmut: *Verbraucherpreise in der DDR. Wie stabil waren sie? – Schkeuditz: GNN Verlag, 1998.**
- 6/ *Walter Eucken, einer der maßgeblichen Ordnungsökonomien der Bundesrepublik, nennt in seinem Hauptwerk „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ (Tübingen: Mohr, 1952) demgegenüber sieben konstituierende Prinzipien, nämlich neben den vier hier genannten auch noch das „Primat der Währungspolitik“ (gemeint ist die Stabilität des Geldwertes), die Vertragsfreiheit und die „Konstanz der Wirtschaftspolitik“, also deren Verlässlichkeit im Zeitablauf. Darüber hinaus werden vier „regulierende Prinzipien“ genannt, die vor allem der Vermeidung von Monopolbildungen, der Einkommensumverteilung und der Berücksichtigung externer Effekte dienen sollen.*

## ANHANG: DER SCHÜRER-BERICHT

GEDRUCKT MIT FREUNDLICHER GENEHMIGUNG DES  
*DEUTSCHLAND ARCHIV*

*Quelle: Deutschland Archiv, 25 (1992) 10, S. 1112-1120.*

Gerhard Schürer	Berlin, 30. Oktober 1989
Gerhard Beil	
Alexander Schalck	36 Ex., je 24 Blatt
Ernst Höfner	37 Ex., 24 Blatt
Arno Donda	

### **Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED**

Betreff: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit  
Schlussfolgerungen

Beschlussentwurf:

1. Die Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen wird zur Kenntnis genommen den Schlussfolgerungen wird zugestimmt.
2. Die Analyse und die Schlussfolgerungen sind in ausgewogener Form dem Entwurf der Rede des Generalsekretärs, Genossen Egon Krenz, für die 10. Tagung des ZK zugrunde zu legen.

(Unterschrift)

Gerhard Schürer

Zur Behandlung der Vorlage sind einzuladen: Gerhard Schürer  
Gerhard Beil  
Alexander Schalck  
Ernst Höfner  
Arno Donda

Die Vorlage wurde ausgearbeitet von:

Begründung:

Beschluss des Politbüros vom 24. Oktober 1989, Punkt 1

Verteiler:

1. - 30. Ex. Politbüro des ZK der SED
31. Ex. Genosse Schürer
32. Ex. Genosse Ehrensperger
33. Ex. Genosse Beil
34. Ex. Genosse Schalck
35. Ex. Genosse Höfner
36. Ex. Genosse Donda

Geheime Verschlussache b5 1158/89

**Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen**

Ausgehend vom Auftrag des Generalsekretärs des ZK der SED, Genossen Egon Krenz, ein ungeschminktes Bild der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen vorzulegen, wird folgendes dargelegt:

**I.**

Die Deutsche Demokratische Republik hat beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bedeutende Erfolge erreicht, die auch international anerkannt werden. In einer zur Vorbereitung des XII. Parteitages ausgearbeiteten Analyse werden die auf vielen Gebieten erreichten bedeutenden Erfolge bei der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR ausführlich dargelegt, die hier nur zusammengefasst eingeschätzt sind.

Es wurde ein dynamisches Wachstum des Nationaleinkommens über einen Zeitraum von 17 Jahren in Höhe von rd. 4% durchschnittlich jährlich realisiert, wobei sich das Wachstum in der letzten Zeit im Zusammenhang mit dem Rückgang der produktiven Akkumulation verlangsamte.

Auf dem Wege der Intensivierung wurden volkswirtschaftlich wichtige qualitative Aufgaben gelöst. Beim Einsatz von Roh- und Werkstoffen verminderte sich der spezifische Verbrauch gegenüber 1980 auf 74%, wobei die Zielstellungen des Fünfjahresplanes 1986-1990 zur Senkung des spezifischen Materialverbrauchs nicht erreicht wurden.

Bedeutende Ergebnisse wurden bei der Anwendung von Schlüsseltechnologien erreicht. Wir haben in der Mikroelektronik als eines der wenigen Länder der Welt die Entwicklung und Produktion mikroelektronischer Bauelemente einschließlich eines wesentlichen Teils der dazu erforderlichen speziellen Produktionsausrüstungen für hochintegrierte Schaltkreise gemeistert. Dabei wird infolge des ungenügenden Standes der Arbeitsteilung ein breites Sortiment an mikroelektronischen Erzeugnissen entwickelt und produziert. Die Kosten für diese Erzeugnisse betragen z. Z. ein mehrfaches des internationalen Standes. Ihr Einsatz in der Volkswirtschaft der DDR und im Export muss gegenwärtig mit über 3 Mrd. M pro Jahr gestützt werden. Die weitere Entwicklung verlangt dringend die Vertiefung der Kooperation, besonders mit der UdSSR.

Durch steigende Leistungen in der pflanzlichen und tierischen Produktion in der Landwirtschaft wurde der wachsende Verbrauch der Bevölkerung an Nahrungsmitteln sowie die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen gewährleistet. Die aufeinander folgenden unterdurchschnittlichen Ernten in den Jahren 1988 und 1989 erfordern jedoch wiederum Getreideimporte aus dem NSW, die durch hohe Anstrengungen in den vergangenen Jahren bereits abgelöst waren.

Das Verkehrswesen wurde mit dem Schwerpunkt der Verlagerung der Transporte von der Straße auf die Eisenbahn entwickelt und die Elektrifizierung von 20 auf 40% erhöht. Der Ausbau der Infrastruktur, darunter das Straßenwesen, musste insgesamt aufgrund der zurückgehenden Akkumulationskraft vernachlässigt werden; der Verschleißgrad des Autobahn- und Straßennetzes ist hoch.

Das Realeinkommen der Bevölkerung verbesserte sich allein im Zeitraum 1980-1988, wo sich in vielen Ländern die Lebenslage der Werktätigen verschlechterte, um 4,4% durchschnittlich jährlich.

Das ist disproportional zum Wachstum des produzierten Nationaleinkommens mit 4,2%.

Seit 1970 wurden mehr als 3 Millionen Wohnungen neu gebaut bzw. rekonstruiert und damit für 9 Millionen Menschen, d. h. mehr als die Hälfte der Bevölkerung der DDR, qualitativ neue Wohnbedingungen geschaffen.

Infolge der Konzentration der Mittel wurden zur gleichen Zeit dringendste Reparaturmaßnahmen nicht durchgeführt und in solchen Städten wie Leipzig, und besonders in Mittelstädten wie Görlitz u. a. gibt es tausende von Wohnungen, die nicht mehr bewohnbar sind.

Auf der Grundlage unseres sozialistischen Planungssystems konnten eine Reihe wichtiger Reformen, insbesondere die intensive Entwicklung der Volkswirtschaft in allen Hauptbereichen, rechtzeitig gewährleistet werden.

Die Feststellung, dass wir über ein funktionierendes System der Leitung und Planung verfügen, hält jedoch einer strengen Prüfung nicht stand. Durch neue Anforderungen, mit denen die DDR konfrontiert war, entstanden im Zusammenhang mit subjektiven Entscheidungen Disproportionen, denen mit einem System aufwendiger administrativer Methoden begegnet werden sollte. Dadurch entwickelte sich ein übermäßiger Planungs- und Verwaltungsaufwand. Die Selbständigkeit der Kombinate und wirtschaftlichen Einheiten sowie der Territorien wurde eingeschränkt. Die Disproportionen im volkswirtschaftlichen Maßstab zwischen den Zweigen sowie die schnellere Entwicklung der Finalerzeugnisse gegenüber der Zulieferproduktion konnten dadurch jedoch nicht eingeschränkt werden.

Die Bildung und Ausgestaltung der Kombinate war ein richtiger und bedeutender Schritt zur Entwicklung der Leitung und Planung. Die vorgegebene Strategie, dass die Kombinate alles selbst machen sollten, führte zu bedeutenden Effektivitätsverlusten, die sich aus der objektiv notwendigen Vertiefung der Arbeitsteilung und zunehmenden Kooperation ergebenden Effekte konnten nicht genutzt werden.

Dadurch trat u. a. eine Tendenz der Kostenerhöhung ein, wodurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit abnahm.

Das bestehende System der Leitung und Planung hat sich hinsichtlich der notwendigen Entwicklung der Produktion der „1000 kleinen Dinge“ sowie der effektiven Leitung und Planung der Klein- und Mittelbetriebe und der örtlichen Versorgungswirtschaft trotz großer Anstrengungen zentraler und örtlicher Organe nicht bewährt, da ökonomische und Preis-Markt-Regelungen ausblieben. Die Anwendung und Weiterentwicklung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung ist richtig. Diese Prinzipien können aber nur effektiv gestaltet werden, wenn reale Pläne mit entsprechenden Reserven in den Bilanzen die Grundlage sind. Nur unter diesen Bedingungen kann die Flexibilität und Beweglichkeit der Wirtschaft verbessert werden. Infolge der hohen Konsumtionsrate fehlen dazu jedoch materielle und finanzielle Mittel.

Um ein ungeschminktes Bild unserer wirtschaftlichen Lage zu geben, muss im Zusammenhang mit der insgesamt positiven Entwicklung auf bedeutende Probleme der Sicherung der Akkumulation, der Proportionalität, des Entwicklungstempos und der Verwirklichung des Leistungsprinzips hingewiesen werden.

Im internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität liegt die DDR gegenwärtig um 40% hinter der BRD zurück. Im Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sowie der zur Verfügung stehenden Ressourcen besteht ein Missverhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Überbau und der Produktionsbasis. Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VIII. Parteitag gegenwärtig auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt.

Die ökonomische Lage der DDR wird durch folgende Hauptfakten gekennzeichnet:

1. Die Auswirkungen des Rückgangs der Akkumulationsrate von 29% im Jahre 1970 auf 21% laut Plan 1989, die ausschließlich zu Lasten der produzierenden Bereiche gegangen ist, sind schwerwiegender als bisher eingeschätzt.

Die Rate der Akkumulation für produktive Investitionen ging von 16,1% 1970 auf 9,9% 1988 zurück.

Den (sic!) Anteil der Akkumulation in den nicht produzierenden Bereichen einschließlich Wohnungsbau ist seit den 70er Jahren mit einem Anteil von etwa 9% gleichgeblieben.

Während die Akkumulation in den produzierenden Bereichen im Zeitraum 1970-1988 auf 122% stieg, erhöhten sich die Investitionen im nicht produzierenden Bereich einschließlich Wohnungsbau auf 200%. Dabei sind durch die Konzentration der Mittel auf den Wohnungs- und Gesellschaftsbau bestimmte, für die Versorgung der Bevölkerung wichtige Bereiche, wie das Gesundheitswesen, vernachlässigt worden.

Die Konzentration der ohnehin zu geringen Investitionen auf ausgewählte Zweige hat zum Zurückbleiben in anderen Bereichen, darunter der Zulieferindustrie, geführt. Hinzu kommt, dass große Investitionsobjekte mit bedeutendem Aufwand nicht den geplanten Nutzen erreicht haben.

Auf einer Reihe von Gebieten sind modernste und hocheffektive Ausrüstungen vorhanden, wie z. B. in der Mikroelektronik, im Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau und auf Teilgebieten der Leichtindustrie, der Möbelindustrie sowie im Bereich Glas- und Keramikindustrie. Insgesamt hat sich jedoch der Verschleißgrad der Ausrüstungen in der Industrie von 47,1% 1975 auf 53,8% 1988 erhöht, im Bauwesen von 49% auf 67%, im Verkehrswesen von 48,4% auf 52,1% und in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft von 50,2% auf 61,3%. In bestimmten Bereichen der Volkswirtschaft sind die Ausrüstungen stark verschlissen, woraus sich ein überhöhter und ökonomisch uneffektiver Instandhaltungs- und Reparaturbedarf ergibt. Darin liegt auch die Ursache, dass der Anteil der Beschäftigten mit manueller Tätigkeit in der Industrie seit 1980 nicht gesunken ist, sondern mit 40% etwa gleich blieb.

Zugleich war mit dem ungenügenden Einsatz von Nationaleinkommen für die Akkumulation in den produzierenden Bereichen verbunden, dass eine Reihe wissenschaftlich-technischer Ergebnisse nicht in die Produktion überführt werden konnten und der Anteil des Zuwachses an Nationaleinkommen aus der Senkung des Produktionsverbrauchs, der 1981-1985 im Zusammenhang mit der Heizölablösung 30-35% betrug, in der Folgezeit zurückging.

Der Rückgang der produktiven Akkumulation ist Hauptursache für das Abschwächen des Wachstumstempos der Produktion und des Nationaleinkommens, das vor allem ab 1986 wirksam wurde, sowie zunehmender Disproportionen.

Das Wachstumstempo des Nationaleinkommens 1986-1990 liegt voraussichtlich mit 3,6% bei abnehmender Tendenz bedeutend unter den erreichten Ergebnissen bis 1985. Dieser Faktor des langjährigen Rückgangs der produktiven Akkumulation wird auch nach 1990 noch wirken.

2. Im Zeitraum seit dem VIII. Parteitag wuchs insgesamt der Verbrauch schneller als die eigenen Leistungen. Es wurde mehr verbraucht als aus eigener Produktion erwirtschaftet wurde zu Lasten der Verschuldung im NSW, die sich von 2 Mrd. VM 1970 auf 49 Mrd. VM 1989 erhöht hat. Das bedeutet, dass die Sozialpolitik seit dem VIII. Parteitag nicht in vollem Umfang auf eigenen Leistungen beruht, sondern zu einer wachsenden Verschuldung im NSW führte.

Hinzu kommt, dass das Tempo der Entwicklung der Geldeinnahmen der Bevölkerung höher war als das des Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung. Das führte trotz eines hohen Niveaus der Versorgung zu Mangelercheinungen im Angebot und zu einem beträchtlichen Kaufkraftüberhang.

Betrachtet man als Basiszeitraum des nächsten Fünfjahrplanes die Jahre 1986-1989, zeigt sich folgendes Bild:

- Die Hauptkennziffern von Leistung und Verbrauch haben sich im Zeitraum 1986-1989 durchschnittlich jährlich wie folgt entwickelt:

Wachstum des Nationaleinkommens	3,6%
Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung	4,0%
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung	4,3%
Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung	4,5%

Die Leistungsentwicklung blieb hinter den Planzielstellungen zurück. Demgegenüber wurden die Ziele auf den Gebieten der Konsumtion, des Wohnungsbaus und der Sozialpolitik übererfüllt.

Der Fünfjahrplan 1986-1990 sah gegenüber dem Ist von voraussichtlich 3,6% ein durchschnittlich jährliches Wachstum des Nationaleinkommens von 4,8% vor. Die Differenz zur tatsächlichen Entwicklung beträgt 1986-1990 36 Mrd. M volkswirtschaftliches Endprodukt. Der Rückstand bei der industriellen Warenproduktion beträgt 88 Mrd. M. Der Ausgleich zwischen diesem Leistungsrückstand und der Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben führte zur Senkung der Akkumulation, zur Erhöhung der inneren Verschuldung und der zunehmenden Aufnahme ausländischer Kredite.

- Einer besonderen Beachtung bedarf die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kaufkraft und Warenfonds.

Die Nettogeldeinnahmen sind mit 4,3% jährlich schneller gewachsen als die Warenfonds mit 4%. Für den langfristigen Zeitraum 1980-1989 ergibt sich ein Verhältnis von 138,9% Steigerung der Nettogeldeinnahmen zu 131,4% Steigerung des Warenfonds. Das führte zu einem permanenten, sich ständig vergrößernden Kaufkraftüberhang.

Das Verhältnis der notwendigen schnelleren Steigerung der Arbeitsproduktivität gegenüber dem Durchschnittslohn hat sich in diesem Zusammenhang abgeschwächt und im Jahre 1987 aufgrund des Zusammenfallens mehrerer ungünstiger Faktoren (strenger Winter, starke Ernteaufälle) umgekehrt. Für den Zeitraum 1986-1989 zeigt sich durchschnittlich jährlich folgendes Bild:

Verhältnis der Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Entwicklung des Durchschnittslohnes

geplant	1,54:1
Ist	1,20:1

Die Entwicklung der Struktur der Konsumtion im Zusammenhang mit der grundlegenden Frage des Verhältnisses zwischen individueller und gesellschaftlicher Konsumtion und des im Parteiprogramm dazu formulierten Grundsatzes, dass die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen sich auch weiterhin hauptsächlich über das Arbeitseinkommen als wichtigste Einkommensquelle vollziehen wird, zeigt folgendes:

Während sich im Zeitraum 1986-1989 die Geldeinnahmen der Bevölkerung durchschnittlich jährlich um 4,3% erhöhten, sind die indirekten Einkommen aus gesellschaftlichen Fonds, als wichtiger Bestandteil des Realeinkommens (oft auch zweite Lohntüte genannt) um 4,9% durchschnittlich jährlich angewachsen.

Das Tempo der Entwicklung der Zuwendungen für die Bevölkerung aus dem Staatshaushalt einschließlich der Subventionen für Wohnungswesen, stabile Preise, Tarife, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Kultur, Sport und Erholung beträgt 1986-1988 rund 7% durchschnittlich jährlich.

Aus der schnelleren Entwicklung der Nettogeldeinnahmen gegenüber den Warenfonds zur Versorgung der Bevölkerung ergibt sich im Zeitraum 1986-1989 ein aktueller, direkt auf den Binnenmarkt wirkender Kaufkraftüberhang von 6,0 Mrd. Das entspricht etwa dem Zuwachs der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung eines ganzen Jahres.

Die Spareinlagen einschließlich Versicherungssparen erhöhten sich von 136 Mrd. M 1985 auf 175 Mrd. M Ende 1989. Das Wachstum beträgt damit durchschnittlich jährlich 6,5%. Die Zinszahlungen an die Bevölkerung betragen 1989 voraussichtlich 5 Mrd. M. Das ist mehr als der gesamte Jahreszuwachs des Warenfonds im Jahre 1989. Das Wachsen der Spareinlagen ist einerseits Ausdruck des Vertrauens der Bevölkerung zur gesellschaftlichen Entwicklung und des Wunsches, mit wachsendem Lebensstandard über persönliche Reserven zu verfügen, hängt aber andererseits zum Teil mit nicht realisierbaren Kaufwünschen, besonders nach langlebigen und hochwertigen Konsumgütern, zusammen (PKW, HiFi-Anlagen u.ä.).

- Die Verbindlichkeiten des Staatshaushaltes gegenüber dem Kredit-system entwickelten sich aufgrund der höheren Ausgaben gegenüber den erreichten Einnahmen von rd. 12 Mrd. M 1970 auf 43 Mrd. M 1980 und 123 Mrd. M 1988.

In den Jahren 1989 und 1990 können die höheren Ausgaben des Staatshaushaltes gegenüber den Einnahmen nur durch zusätzliche Kreditaufnahme in Höhe von 20 Mrd. M erreicht werden, so dass die Gesamtverschuldung 1990 insgesamt 140 Mrd. M beträgt. Geldumlauf und die Kreditaufnahme des Staates, darunter wesentlich aus den Spareinlagen der Bevölkerung, sind schneller gestiegen als die volkswirtschaftliche Leistung. Die ungenügende Erhöhung der Effektivität im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess, die Angleichung der Industrieabgabepreise an den im internationalen Vergleich zu hohem Aufwand sowie die wachsende Verschuldung des Staatshaushaltes hat zu einer Schwächung der Währung der DDR geführt.

3. Der Fünfjahrplan 1986-1990 für das NSW wird in bedeutendem Umfang nicht erfüllt. Bereits in den Jahren 1971-1980 wurden 21 Mrd. VM mehr importiert als exportiert. Das ist im Zusammenhang mit der dazu erforderlich gewordenen Kreditaufnahme und den Zinsen die Hauptursache des heutigen außergewöhnlich hohen Schuldenberges.

Ab 1981 wurden die Anstrengungen darauf gerichtet, die entstandene Belastung der Zahlungsbilanz durch Einschränkungen der Importe zu verringern. Im Zeitraum 1981-1985 wurden Exportüberschüsse insbesondere im Zusammenhang mit der Ablösung von Heizöl durch Braunkohle und Erdgas und den Export von Erdölprodukten zu günstigen Preisen erzielt.

Diese Exportüberschüsse ermöglichten, den „Sockel“ von 1980-1986 etwa auf gleichem Niveau in Höhe von 28 Mrd. VM zu halten. Ab 1986 gingen die Exportüberschüsse insbesondere im Zusammenhang mit der Reduzierung der Preise für Erdölprodukte zurück; sie betragen von 1986-1988 nur noch rd. 1 Mrd. VM, während allein die Kosten und Zinsen für Kredite in diesem Zeitraum etwa 13 Mrd. VM ausmachten. Das bedeutete eine grundlegende Änderung der ökonomischen Situation in der DDR. Die Exportziele des Fünfjahrplanes 1986-1990 werden aufgrund der fehlenden Leistung und ungenügenden Effektivität mit 14 Mrd. VM unterschritten und der Import mit rd. 15 Mrd. VM überschritten. Darin sind die durchgeführten Importe an Maschinen und Ausrüstungen im Umfang von 6,9 Mrd. VM zur Leistungssteigerung, insbesondere in der metallverarbeitenden Industrie sowie der Mikroelektronik, enthalten.

Damit ergibt sich anstelle des geplanten Exportüberschusses von 23,1 Mrd. VM ein Importüberschuss im Zeitraum 1986-1990 von 6 Mrd. VM.

Das war mit einem schnellen Anstieg des „Sockels“ auf 49 Mrd. VM Ende 1989 verbunden, d. h. auf 190% gegenüber 1985. Die eingetretene Höhe des „Sockels“ entspricht damit etwa dem 4fachen des Exports des Jahres 1989.

Mit den geplanten Valutaeinnahmen 1989 werden nur etwa 35% der Valutaausgaben insbesondere für Kredittilgungen, Zinszahlungen und Importe gedeckt. 65% der Ausgaben müssen durch Bankkredite und andere Quellen finanziert werden. Das bedeutet, dass die fälligen Zahlungen von Tilgungen und Zinsen, d. h. Schulden mit neuen Schulden bezahlt werden. Zur Finanzierung der Zinsen müssen mehr als die Hälfte des Einnahmezuwachses des Staatshaushaltes eingesetzt werden.

Bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Landes wird international davon ausgegangen, dass die Schuldendienststrategie – das Verhältnis von Export zu den im gleichen Jahr fälligen Kreditrückzahlungen und Zinsen – nicht mehr als 25% betragen sollte. Damit sollen 75% der Exporte für die Bezahlung von Importen und sonstigen Ausgaben zur Verfügung stehen. Die DDR hat, bezogen auf den NSW-Export, 1989 eine Schuldendienststrategie von 150%.

Die Lage in der Zahlungsbilanz wird sich nach dem erreichten Arbeitsstand zum Entwurf des Planes 1990 weiter verschärfen. Der „Sockel“ wird bei einem NSW-Exportüberschuss von 0,3-0,5 Mrd. VM auf ca. 57 Mrd. VM Ende 1990 ansteigen. Die Kosten und Zinsen betragen 1990 insgesamt über 8 Mrd. VM.

Wenn der Anstieg des „Sockels“ verhindert werden soll, müsste 1990 ein Inlandsprodukt von 30 Mrd. M aufgewendet werden, was dem geplanten Zuwachs des Nationaleinkommens von 3 Jahren entspricht und eine Reduzierung der Konsumtion um 25-30% erfordert.

Es wird eingeschätzt, dass zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit folgende Exportüberschüsse erreicht werden müssen:

- Mrd. VM -	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Exportüberschuss	2,0	4,6	6,7	9,2	10,2	11,3

Unter diesen Bedingungen entwickelt sich der „Sockel“ wie folgt:

- Mrd. VM -	1990	1991	1992	1993	1994	1995
„Sockel“	55,5	62,0	63,7	62,0	60,0	57,0

Für einen solchen Exportüberschuss bestehen jedoch unter den jetzigen Bedingungen keine realen Voraussetzungen.

Die Konsequenzen der unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit wäre ein Moratorium (Umschuldung), bei der der Internationale Währungsfonds bestimmen würde, was in der DDR zu geschehen hat. Solche Auflagen setzen Untersuchungen des IWF in den betreffenden Ländern zu Fragen der Kostenentwicklung, der Geldstabilität u. ä. voraus. Sie sind mit der Forderung auf den Verzicht des Staates, in die Wirtschaft einzugreifen, der Reprivatisierung von Unternehmen, der Einschränkung der Subventionen mit dem Ziel, sie gänzlich abzuschaffen, den [sic!] Verzicht des Staates, die Importpolitik zu bestimmen, verbunden.

Es ist notwendig, alles zu tun, damit dieser Weg vermieden wird.

## II.

Welche Schlussfolgerungen können angesichts dieser Situation vorgeschlagen werden?

1. Die grundsätzlichen gesellschaftlichen Ziele, die für die Zukunft gestellt werden, müssen mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes unter Berücksichtigung der charakterisierten ökonomischen Situation in Übereinstimmung gebracht werden.

Es ist eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR verbunden mit einer Wirtschaftsreform erforderlich.

Die grundlegende Aufgabe der neuen Wirtschaftspolitik besteht darin, Leistung und Verbrauch wieder in Übereinstimmung zu bringen. Es kann im Inland nur das verbraucht werden, was nach Abzug des erforderlichen Exportüberschusses für die innere Verwendung als Konsumtion und Akkumulation zur Verfügung steht. Das bedeutet, dass der Zuwachs des im Inland verwendeten Nationaleinkommens zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR gegenüber dem NSW in den nächsten Jahren deutlich niedriger liegen muss als die Entwicklung des produzierten Nationaleinkommens.

Grundlegende Aufgaben sind:

- Das vorhandene Leistungsvermögen unseres Landes ist umfassend auszuschöpfen durch konsequente Stärkung der produktiven Akkumulation vorrangig in Zweigen, die zur Erreichung eines wachsenden NSW-Exportüberschusses einen maximalen Beitrag zur Sicherung der Liquidität zu leisten haben zu Lasten der Investitionen in den nicht produzierenden Bereichen bereits mit dem Plan 1990.
- Die vorhandenen Kräfte und Ressourcen sind auf die Lösung der Zulieferprobleme und die Gewährleistung der volkswirtschaftlichen Verflechtungen als bedeutende Voraussetzung der Steigerung der Leistungsentwicklung und der Arbeitsproduktivität, auf den Export zur Sicherung der Rohstofflieferungen aus der UdSSR und einen wachsenden NSW-Exportes sowie die Lösung der Versorgungsaufgaben der Bevölkerung zu konzentrieren.

- Es ist eine Umstrukturierung des Arbeitskräftepotentials erforderlich, um das Missverhältnis zwischen produktiven und unproduktiven Kräften in der gesamten Wirtschaft und im Überbau zu beseitigen, d. h. drastischer Abbau von Verwaltungs- und Bürokräften sowie hauptamtlich Tätiger in gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen.
- Als Grundfrage der konsequenten Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips ist die Erhöhung der Einnahmen direkt an höhere Leistungen zu binden. Das erfordert zugleich für nicht gebrachte Leistungen, Schluderei und selbstverschuldete Verluste Abzüge vom Lohn und Einkommen.
- Die Investitionen sind für die Erhaltung, Modernisierung und Rationalisierung einzusetzen, um eine bedeutende Einschränkung von Arbeitsplätzen zu erreichen, den eingetretenen Aderlass von Arbeitskräften auszugleichen und Arbeitskräfte für die neuen Prioritäten zu gewinnen.
- Zur Gewährleistung der Stabilität des Binnenmarktes und der Sicherung des NSW-Exportfonds müssen grundlegende Veränderungen in der Subventions- und Preispolitik erfolgen bei Erhaltung der sozial begründeten, den volkswirtschaftlich möglichen entsprechenden Maßnahmen.  
Alle Elemente der Subventions- und Preispolitik, die dem Leistungsprinzip widersprechen sowie zur Verschwendung und Spekulation führen, sind zu beseitigen.  
Ausgehend von der Lage kann bei der Einschränkung der Subventionen kein voller Ausgleich gezahlt werden. Es sind weitere, die Durchsetzung des Leistungsprinzips fördernde, Kaufkraft bindende Maßnahmen erforderlich.  
Gleichzeitig sind Maßnahmen zur Kaufkraftbindung durch die Steigerung der Produktion hochwertiger Konsumgüter sowie durch höhere Veredlung zum Beispiel eigener landwirtschaftlicher Rohstoffe wie Milch und Fleisch, durch Entwicklung von Dienstleistungen und Gewerbe bzw. Bildung von Sachvermögen durch industriellen Eigenheimbau und eventuellen Kauf von Etagenwohnungen vorzuschlagen.

- Die Stärkung der produktiven Akkumulation erfordert, für die kommende Zeit eine Reduzierung der eingesetzten Ressourcen für den komplexen Wohnungsbau, der gegenwärtig 75% aller Investitionen in den nicht produzierenden Bereichen beansprucht.

Hinsichtlich des Wohnungsbaus ist vor allem auf der Grundlage der Nutzung der Kapazitäten in den Territorien schwerpunktmäßig die Werterhaltung und Modernisierung vorhandener Wohnsubstanz zu sichern. Modernisierung, Erhaltung und Neubau von Wohnungen, vor allem in den vorhandenen Wohngebieten, sind auf das engste mit der Wohnungswirtschaft und der Wohnungspolitik als Ganzes zu verbinden.

Auf diese Weise ist eine wesentliche Erhöhung des gesamten volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses und eine Beschleunigung der Kostensenkung zu verwirklichen; durch Entwicklung der Produktionsstruktur mit hoher Devisenrentabilität muss der Beitrag zum Nationaleinkommen erhöht werden.

## 2. Durchführung einer Wirtschaftsreform mit sofort wirksamen und langfristig wirkenden Maßnahmen

Als erster Schritt ist eine bedeutende Senkung des Planungs- und des Verwaltungsaufwandes auf allen Ebenen notwendig. Vorhandene Elemente einer bürokratischen Zentralisierung in Leitung und Planung, deren Bearbeitung und Lösung nicht in der Zentrale möglich und erforderlich sind, sind abzuschaffen und die Eigenverantwortung der Kombinate und Betriebe wesentlich zu erhöhen.

Dazu gehören

- Abschaffung der zentralen Planung und Abrechnung der Tagesmeldungen sowie der zentralen Dekaden- und Monatsplanung.
- Reduzierung der Aufgaben des Staatsplanes Wissenschaft und Technik von 3800 Positionen auf 600 bis 800 Positionen, die inhaltlich entscheidend sind und zentral beeinflusst und entschieden werden müssen. Gleichmaßen ist die Zahl der Staatsaufträge von rund 40 auf 25 einzuschränken. Die Möglichkeit der Abschaffung der Erneuerungspässe ist im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der bestehenden Pflichtenhefte zu prüfen.

- Die Bilanzierung der Erzeugnissortimente ist den Kombinat als Hauptproduzenten zu übertragen. Es darf keine formale Festlegung der Erneuerungsrate der Produktion geben.
- Die Verantwortung der Kombinate und Betriebe für den Prozess der Plandurchführung ist als Voraussetzung für flexibles Reagieren entsprechend den Bedürfnissen des inneren und äußeren Marktes im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Fonds wesentlich zu erhöhen. Es müssen effektive Kooperationsbeziehungen im Rahmen der Volkswirtschaft der DDR sowie international, besonders mit der UdSSR, organisiert werden. Die Übernahme von Klein- und Mittelbetrieben durch Kombinate bzw. ihre Auslastung durch zentral bilanzierte Auflagen ist einzustellen bzw. zu prüfen, wo sie wieder ausgegliedert werden können.
- Die Verantwortung der Produzenten sowie der örtlichen Staatsorgane für die Deckung des Bedarfs, insbesondere an Erzeugnissen der 1000 kleinen Dinge, ist durch Schaffung besserer materieller Voraussetzungen für die Klein- und Mittelbetriebe sowie für Handwerk und Gewerbe zu unterstützen; den ökonomischen Wirkungen von Angebot und Nachfrage und entsprechender Preisbildung auf diesem Gebiet ist größerer Spielraum zu geben. Die Steuergesetzgebung für Handwerk und Gewerbe ist sofort zu überarbeiten. Die Arbeitskräfteregelungen und die Investitionsmöglichkeiten sind großzügiger zu gestalten.
- Im Rahmen der auszuarbeitenden Grundsätze für die Eigenerwirtschaftung der Mittel durch Kombinate, Betriebe, Genossenschaften einschließlich Handwerks- und Gewerbebetriebe ist ein Schwerpunkt darauf zu legen, Initiativen zur zusätzlichen Valutaerwirtschaftung materiell zu stimulieren. Sie sind an den Valutaeinnahmen zu beteiligen.
- Die Rolle des Geldes als Maßstab für Leistung, wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg ist wesentlich zu erhöhen.
- Der Wahrheitsgehalt der Statistik und Information ist auf allen Gebieten zu gewährleisten.

Insgesamt geht es um die Entwicklung einer an den Marktbedingungen orientierten sozialistischen Planwirtschaft bei optimaler Ausgestaltung des demokratischen Zentralismus, wo jede Frage dort entschieden wird, wo die dafür nötige, größere Kompetenz vorhanden ist.

### III.

Es ist eine neue Stufe der Zusammenarbeit der DDR mit der UdSSR zu verwirklichen.

Das erfordert die Durchführung einer Politik der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern ohne Vorbehalte und die Beseitigung des zwiespältigen Verhaltens zur Umgestaltung in der UdSSR.

Nach Abstimmung der Rohstofflieferungen der UdSSR und der Bezahlware der DDR dafür ist als nächster Schritt die Koordinierung der Zusammenarbeit, Kooperation und Arbeitsteilung auf den Gebieten der Elektrotechnik und Elektronik sowie des Maschinenbaus notwendig. Das gilt insbesondere für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der höchstintegrierten Schaltkreise der Mikroelektronik und Rechen-technik.

Die Produktion und Lieferungen der DDR müssen von dem mit der Umgestaltung sich wesentlich ändernden Investitionsbedarf der UdSSR ausgehen. Dabei ist die Konversion von Betrieben der Verteidigungsindustrie zu unterstützen.

Es darf keine Vorbehalte zu neuen Formen der Zusammenarbeit geben (gemeinsame Betriebe). Entscheidend ist die Berechnung von Aufwand und Nutzen.

Gegenüber den anderen sozialistischen Ländern ist die konstruktive Zusammenarbeit unabhängig von der Unterschiedlichkeit der eingeschlagenen Wege bei Wahrung der ökonomischen Interessen der DDR konsequent fortzuführen. In den Rohstofflieferungen muss die Gegenseitigkeit und auf dem Gebiet der Metall verarbeitenden Industrie die Arbeitsteilung unter Nutzung der vorhandenen Potenzen der DDR erweitert werden.

### IV.

Auch wenn alle diese Maßnahmen in hoher Dringlichkeit und Qualität durchgeführt werden, ist der in Abschnitt I dargelegte, für die Zahlungsfähigkeit der DDR erforderliche NSW-Exportüberschuss nicht sicherbar.

1985 wäre das noch mit großen Anstrengungen möglich gewesen. Heute besteht diese Chance nicht mehr. Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30% erfordern und die DDR unregierbar machen. Selbst wenn das der Bevölkerung zugemutet würde, ist das erforderliche exportfähige Endprodukt in dieser Größenordnung nicht aufzubringen.

Aus diesem Grunde wird über die vorgenannten Schlussfolgerungen hinaus folgendes vorgeschlagen:

4. Es ist ein konstruktives Konzept der Zusammenarbeit mit der BRD und mit anderen kapitalistischen Ländern wie Frankreich, Österreich, Japan, die an einer Stärkung der DDR als politisches Gegengewicht zur BRD interessiert sind, auszuarbeiten und zu verhandeln:

a) Im Interesse der Stärkung der produktiven Akkumulation sind alle Formen der Zusammenarbeit mit Konzernen und Firmen der BRD sowie anderen kapitalistischen Ländern zu prüfen mit dem Ziel, mehr Waren für den Außen- und Binnenmarkt aus der Leistungssteigerung bereitzustellen. Die Refinanzierung ist aus diesen Objekten zu gewährleisten, wobei ein ökonomischer Nutzen für die DDR bzw. ein Export auf Dritt-märkte ermöglicht werden muss.

b) Die DDR ist interessiert, mit Konzernen und Firmen der BRD und anderen Ländern zu kooperieren, Lizenzen und Technologien zu übernehmen, Leasinggeschäfte durchzuführen sowie die Gestattungsproduktion weiter zu entwickeln, wenn der Aufwand refinanziert und ein Gewinn erreicht werden kann.

c) Zur Modernisierung von mittleren und Kleinbetrieben sowie von Handwerk und Gewerbe, besonders in der Textilindustrie, der Schuhindustrie, Glas- und Keramik, Lebensmittelindustrie und Nahrungsgüterwirtschaft, deren Produktion unmittelbar versorgungswirksam werden kann, sind Kredite aufzunehmen, die durch Leistungssteigerung dieser Betriebe fristgemäß refinanziert werden.

d) Die DDR ist an der Beratung einiger großer Objekte der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energie, des Umweltschutzes, der Chemie und anderer Zweige, für die jeweils einzeln intensive Verhandlungen erforderlich sind und deren Realisierung im Interesse beider Partner liegt, interessiert.

e) Zur Erhöhung der Attraktivität des Tourismus aus kapitalistischen Ländern in die DDR sind auf der Grundlage der Refinanzierungsmöglichkeiten weitere Kapazitäten zu rekonstruieren bzw. zu erweitern. Es ist zu prüfen, dass gegenwärtig nicht voll genutzte Kapazitäten, die weder der Bevölkerung noch dem organisierten Tourismus zur Verfügung stehen, teilweise in die Kapazitätserweiterung für den NSW-Tourismus aufgenommen werden.

Es muss mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, dass der Ausweg aus der Lage die Verwirklichung der vorstehend insgesamt dargelegten Maßnahmen zur Veränderung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erfordert.

Die Vorschläge zur ökonomischen Kooperation mit der BRD und anderen kapitalistischen Ländern sind ohne die in den Abschnitten II und III genannten Maßnahmen nicht durchführbar. Sonst würde ein Eintreten der Zahlungsunfähigkeit nicht vermeidbar sein, sondern beschleunigt werden.

Alle genannten Maßnahmen müssen bereits 1992 zu höheren Valuta-einnahmen für die Sicherung der Liquidität des Staates führen. Trotz dieser Maßnahmen ist es für die Sicherung der Zahlungsfähigkeit 1991 unerlässlich, zum gegebenen Zeitpunkt mit der Regierung der BRD über Finanzkredite in Höhe von 23 Mrd. VM über bisherige Kreditlinien hinaus zu verhandeln. Gegebenenfalls ist die Transitpauschale der Jahre 1996-1999 als Sicherheit einzusetzen.

Diese Vorschläge erhöhen die Verschuldung der DDR weiter und stellen ein Risiko dar. Die Verschuldung wird jedoch langfristig und refinanzierbar konzipiert und ist verbunden mit dem Zeitgewinn für die grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR und der Vermeidung eines Diktats des Internationalen Währungsfonds.

Zur Untersetzung der dargelegten Grundlinie der neuen Wirtschaftspolitik und als Voraussetzung für dazu erforderliche Entscheidungen sowie zur detaillierten Ausarbeitung der Vorschläge und Objekte für die ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der BRD und anderen kapitalistischen Ländern ist es erforderlich, durch die Staatliche Plankommission ein Gesamtkonzept der Entwicklung der Volkswirtschaft für den Zeitraum 1991-1995 auszuarbeiten und dem Politbüro im Dezember vorzulegen.

Die Verwirklichung der dargelegten Maßnahmen erfordert eine straffe staatliche Leitung und Organisation.

## V.

Mit diesen in Abschnitt IV dargelegten Vorschlägen lässt sich die DDR als Land des Sozialismus, als Mitglied des Warschauer Paktes und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe leiten von der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, von der Politik des Dialogs der Vernunft und der Entspannung.

Dabei schließt die DDR jede Idee von Wiedervereinigung mit der BRD oder der Schaffung einer Konföderation aus. Wir sehen in unseren Vorschlägen jedoch einen Weg in Richtung des zu schaffenden europäischen Hauses entsprechend der Idee Michail Sergejewitsch Gorbatschows, in dem beide deutsche Staaten als gute Nachbarn Platz finden können.

Um der BRD den ernsthaften Willen zu unseren Vorschlägen bewusstzumachen, ist zu erklären, dass durch diese und weitergehende Maßnahmen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit DDR – BRD noch in diesem Jahrhundert solche Bedingungen geschaffen werden könnten, die heute existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen. Dies müsste jedoch verbunden werden mit eigenen politischen und ökonomischen Vorschlägen der BRD zur Entspannung und zur ökonomischen Unterstützung der DDR, wobei die Tatsache zu berücksichtigen ist, dass unserem Land in der Zeit der offenen Staatsgrenze laut Einschätzung eines Wirtschaftsinstitutes der BRD ein Schaden von ca. 100 Mrd. Mark entstanden ist.

Als Zeichen der Hoffnung und der Perspektive ist die DDR bereit, 1995 zu prüfen, ob sich die Hauptstadt der DDR und Berlin (West) um die gemeinsame Durchführung der Olympischen Spiele im Jahre 2004 bewerben sollten.

## ERLÄUTERUNGEN

### ABKÜRZUNGEN

NSW Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet

VM Valutamark

IWF Internationaler Währungsfonds

### AUTOREN

- *Gerhard Beil*, seit 1986 Minister für Außenhandel
- *Arno Donda*, seit 1963 Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik
- *Ernst Höfner*, seit 1981 Minister der Finanzen
- *Alexander Schalck-Golodkowski*, seit 1975 Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel; seit 1975 verdeckt arbeitender „Offizier im besonderen Einsatz“ des Ministeriums für Staatssicherheit, später Oberst; seit 1966 Leiter des „Bereichs Kommerzielle Koordinierung“ (Koko); 1983 an der Aufnahme eines Milliardenkredits der DDR bei der Bundesrepublik beteiligt
- *Gerhard Schürer*, seit 1965 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission

### DIE AUTOREN

*Dr. Joachim Ragnitz, Jahrgang 1960, Stellvertretender Geschäftsführer ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden*

*Udo Scheer, Jahrgang 1951, Publizist, Stadtroda*

### ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Ralf Thomas Baus  
Leiter Team Innenpolitik  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
10907 Berlin  
Telefon: +49-30-2 69 96-35 03  
E-Mail: ralf.baus@kas.de*

*Stefanie Pasler  
Kordinatorin Neue Länder  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
10907 Berlin  
Telefon: +49-30-2 69 96-33 84  
E-Mail: stefanie.pasler@kas.de*

## PUBLIKATIONSREIHE „WEICHENSTELLUNGEN IN DIE ZUKUNFT“

In der Publikationsreihe „Weichenstellungen in die Zukunft“ bietet die Konrad-Adenauer-Stiftung umfangreiches Material zu den Themen „60 Jahre Bundesrepublik“ und „20 Jahre Wiedervereinigung“ an. Bisher sind in dieser Reihe erschienen:

- *Michael F. Feldkamp:*  
*Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 1948 bis 1949. Optionen für die Europäische Integration und die Deutsche Einheit*  
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008  
ISBN 978-3-940955-09-8
- *Bernd Sprenger | Bodo Herzog:*  
*Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft*  
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008  
ISBN 978-3-940955-10-4
- *Berndt Seite:*  
*Weißer Rauch. Eine Erzählung aus den Tagen des Mauerfalls 1989*  
Unveränderter Nachdruck der Erstausgabe 2004.  
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2008  
ISBN 978-3-940955-08-1
- *Uwe Backes | Ralf Thomas Baus | Herfried Münkler:*  
*Der Antifaschismus als Staatsdoktrin der DDR*  
Sankt Augustin/Berlin, Januar 2009  
ISBN 978-3-940955-46-3
- *Beate Neuss | Stanislaw Tillich | Richard Schröder:*  
*Wege zu einer Kultur des Erinnerns*  
Dokumentation der Eröffnungsveranstaltung zur Ringvorlesung 2008/2009 „Wie schmeckte die DDR?“ des Bildungswerkes Dresden der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dresden und dem Freistaat Sachsen  
Sankt Augustin/Berlin, April 2009  
ISBN 978-3-940955-64-7

- *Ehrhart Neubert:*  
*Die Friedliche Revolution. Vom Herbst 1989 bis zur Deutschen Einheit*  
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2009  
ISBN 978-3-940955-82-1
- *Heiner Timmermann:*  
*Adenauers Westbindung und die Anfänge der Europäischen Einigung*  
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2009  
ISBN 978-3-940955-87-6
- *Wolfgang Schuller | Klaus Schroeder*  
*Mythen und Unwissen*  
Dokumentation von Veranstaltungen zur Ringvorlesung 2008/2009 „Wie schmeckte die DDR?“ des Bildungswerkes Dresden der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dresden und dem Freistaat Sachsen  
Sankt Augustin/Berlin, Oktober 2009  
ISBN 978-3-941904-12-5
- *Joachim Gauck:*  
*Die Flucht der Insassen. Freiheit als Risiko*  
Sankt Augustin/Berlin, November 2009  
ISBN 978-3-941904-20-0
- *Ehrhart Neubert | Florian Havemann | Karl-Siegbert Rehberg:*  
*Identität und Leben in der Diktatur*  
Dokumentation von Veranstaltungen zur Ringvorlesung 2008/2009 „Wie schmeckte die DDR?“ des Bildungswerkes Dresden der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dresden und dem Freistaat Sachsen  
Sankt Augustin/Berlin, November 2009  
ISBN 978-3-941904-21-7

## INTERNETPORTALE

Mit einer Wissensplattform reagiert die Konrad-Adenauer-Stiftung auf die zunehmende Verklärung eines Systems. *DDR – Mythos und Wirklichkeit* heißt das Internetportal und klärt auf über Alltag, Kultur, Wissenschaft und Ideologie in der DDR. Didaktisch aufbereitete Materialien für den Unterricht, Interviews mit Zeitzeugen und Veranstaltungshinweise sowie ein Kalendarium führen über die Jahrestage der DDR durch die Geschichte des Unrechtssystems – vom Scheitern der gemeinsamen Besatzungspolitik während der Potsdamer Konferenz im Mai 1945 bis zum Rücktritt des Politbüros und des ZK der SED im Dezember 1989.

Siehe unter [www.kas.de/wf/de/71.6466/](http://www.kas.de/wf/de/71.6466/)

Außerdem hat die Konrad-Adenauer-Stiftung für weitere Informationen zu den Jubiläen ein Internetportal unter [www.kas.de/weichenstellungen](http://www.kas.de/weichenstellungen) eingerichtet.